

Europa-Union Deutschland

80 Jahre Einsatz für ein föderales Europa


80
1946 2026

Andrea Wechsler
Geleitwort der Präsidentin der Europa-Union Deutschland 2

Suse Laue
Grußwort der langjährigen Bürgermeisterin der Stadt Syke 4

Gerhard Thiel
Einführung – Zu den Anfängen 5

Hermann Greve
Wilhelm Heile – Portrait eines Gründervaters der Europa-Union 7

Markus Behne
Wilhelm Heile und das föderale Europa 27

Meilensteine aus der Geschichte der Europa-Union 36

Anhang
Hertensteiner Programm – 12 Thesen 46

Düsseldorfer Programm
Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert 47

Föderalistisches Manifest
Wir setzen weiter auf die Europäische Idee! 51

Europa braucht Zuversicht

Prof. Dr. Andrea Wechlser MdEP
Präsidentin der Europa-Union Deutschland



Vor achtzig Jahren lagen weite Teile Europas in Trümmern. Deutschland, das den radikalsten und mörderischsten Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus hervorgebracht und den Krieg vom Zaun gebrochen hatte, stand moralisch am Abgrund. Und doch fanden Bürgerinnen und Bürger die Kraft, nach vorne zu blicken. Sie waren überzeugt, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Europäerinnen und Europäer dem Nationalismus abschwören, enger zusammenarbeiten und ihre Zukunft gemeinsam gestalten.

Aus dieser Überzeugung entstand 1946 die überparteiliche Europa-Union Deutschland. Seit acht Jahrzehnten setzt sie sich für ein europäisches, weltoffenes und demokratisches Deutschland ein. Unabhängig und klar im Ziel trägt sie die europäische Einigung voran und hält das Leitbild eines föderalen Europas lebendig.

Auf diese Geschichte können wir mit Stolz blicken. Die europäische Einigung gehört zu den größten politischen Erfolgen unseres Kontinents. Sie hat Frieden zwischen ehemaligen Gegnern ermöglicht, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gestärkt und Millionen Menschen neue Chancen eröffnet. Zugleich gilt: Europa ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist das Ergebnis von Mut, Weitsicht, bürgerschaftlichem Engagement und politischer Verantwortung.

Die Europa-Union Deutschland hat dazu wesentlich beigetragen. Generationen von Mitgliedern haben Debatten angestoßen, politische Veränderungen begleitet und für die europäische Idee geworben. Vor allem haben sie Europa in der Gesellschaft verankert und Menschen zusammengebracht, die mehr verbindet als trennt. Das Jubiläum ist deshalb Anlass zur Rückschau, aber auch Auftrag, nach vorne zu blicken.

Europa erlebt eine Zeit großer Herausforderungen. Kriege erschüttern unseren Kontinent und seine Nachbarschaft. Autoritäre Kräfte gewinnen an Einfluss, jüngst besonders dramatisch auch hierzulande, in einer Weise, die viele im wiedervereinten Deutschland nicht mehr für möglich gehalten hätten. Die freiheitliche Demokratie ge-

rät unter Druck, viele Menschen blicken mit Sorge auf die Zukunft. Gerade jetzt braucht Europa ein Deutschland, das seinem wunderbaren Grundgesetz nicht den Rücken kehrt.

Trotzdem dürfen wir nicht in Panik geraten. Ruhe und Entschlossenheit sind heute die erste Bürgerinnen- und Bürgerpflicht aller freiheitsliebenden Europäerinnen und Europäer. Ruhe bedeutet dabei nicht Inaktivität. Im Gegenteil: Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen Mut, Zusammenhalt und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die Geschichte der Europa-Union Deutschland zeigt, worauf es ankommt: auf die Fähigkeit, gesellschaftliche Kräfte hinter einem gemeinsamen europäischen Ziel zu vereinen, Brücken zu bauen und Menschen unterschiedlicher Überzeugungen für Europa zusammenzuführen.

Proeuropäische Kräfte sollten nicht nebeneinander agieren. Jetzt ist die Zeit, einander zu stärken, Vertrauen zu schaffen und Hoffnung zu geben. Diese Hoffnung hat einen Namen: Europa. Europa bedeutet, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, wo nationale Antworten lange nicht mehr ausreichen. Es bedeutet, Frieden und Sicherheit zu schützen, Freiheit und Demokratie zu verteidigen und die großen Aufgaben unserer Zeit gemeinsam zu bewältigen.

Europa wird nicht jedes Problem lösen. Aber ohne Europa werden wir die entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts nicht beantworten können. Deshalb bleibt die europäische Einigung unsere wichtigste politische Aufgabe. Deshalb bleibt das Ziel eines föderalen Europas unser Kompass, nicht um Vielfalt zu überwinden, sondern um Freiheit, Demokratie und Handlungsfähigkeit in einem stärkeren europäischen Rahmen zu sichern.

Die Europa-Union Deutschland wird ihren Beitrag weiterhin leisten: als überparteiliche Bürgerbewegung, als Brückenbauerin zwischen gesellschaftlichen Kräften und als Stimme für ein geeintes Europa. Die vergangenen achtzig Jahre zeigen, was engagierte Bürgerinnen und Bürger bewirken können, wenn Hoffnung stärker ist als Angst.

In diesem Sinne blicke ich mit Zuversicht auf die kommenden Jahre. Die Europa-Union Deutschland steht seit acht Jahrzehnten für die Überzeugung, dass ein geeintes, demokratisches und freies Europa der beste Weg in die Zukunft ist. Diese Überzeugung ist heute aktueller denn je. Europa wird dringender gebraucht denn je, und unser Engagement ebenso.

Brüssel, im September 2026

Miteinander für ein selbstbewusstes und starkes Europa

Suse Laue,
langjährige Bürgermeisterin der Stadt Syke

Am 09.12.1946 wurde in Syke die Europa-Union Deutschland auf Initiative von Wilhelm Heile, dem damaligen Landrat, gegründet.

Was als Vision begonnen hat, ist lange Realität geworden.

Wir leben in Frieden mit unseren europäischen Nachbarn und Freunden. Die Völkergemeinschaft entwickelte sich – bei allen Herausforderungen – zu einem Garanten für Demokratie und Frieden. Europa steht vor neuen Herausforderungen. Kräfteverhältnisse verändern sich. Ein selbstbewusstes und starkes Europa ist wichtiger denn je.

Aufgabe der Europa-Union Deutschland ist es, die Werte und die Vorteile eines geeinten Europas immer wieder zu erklären und deutlich zu machen. Aufgabe ist es zu überzeugen, dass nur ein geeintes und starkes Europa der Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden ist.

„Die echte Krankheit Europas sind seine Pessimisten." Dieses Zitat von Jacques Delors ist nach wie vor aktuell. Es muss für uns alle Grundlage unserer Zuversicht und unseres aktiven Eintretens für ein friedliches und bürgernahes Miteinander sein mit dem Ziel eines selbstbewussten und starken Europas.

Syke, im August 2026

80 Jahre Europa-Union Deutschland: Zu den Anfängen

Gerhard Thiel,
Kreisvorsitzender der Europa-Union Diepholz 2000–2024

Immer wieder zieht es europäische Staatoberhäupter, Politikerinnen und Politiker wie auch engagierte Europäerinnen und Europäer auf die italienischen Insel Vetontene, um der großartigen Idee eines gemeinsamen Europas an historischem Ort neue Impulse zu geben.

Auf Ventotene waren die überzeugten Freiheitskämpfer und Europäer Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni interniert und haben dort gemeinsam mit Ursula Hirschmann Europa neu gedacht. Sie forderten die „Vereinigten Staaten Europas“ als Alternative gegenüber dem „imperialistischen Militarismus“. Auf 70 Seiten, auf Fetzen von Zigarettenpapier, schrieben sie 1941 ihr Manifest von Ventotene, das Ursula Hirschmann aufs Festland schmuggelte und dessen Verbreitung sie organisierte.

Ihr Leben riskierten auch die Mitglieder der an der Charité entstandenen Widerstandsgruppe „Europäische Union (EU)“, die sich bereits 1939 um Anneliese und Georg Groscurth, Robert Havemann, Herbert Richter und Paul Jentsch versammelte. Viele von ihnen wurden im September 1943 von der Gestapo verhaftet. Ihre Idee und Hoffnung war ebenfalls ein geeintes, gemeinsames Europa, wobei sie sich vorstellten: „Die Zukunft von morgen wird ein geeintes sozialistisches Europa sein“. Robert Havemann als alleiniger Überlebender aus dem engeren Kreis dieser Widerstandsgruppe versuchte zwar mit anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern nach Kriegsende hieran mit einer Initiative ausgehend von einem neutralen Deutschland anzuknüpfen, aber der neue Ost-West-Konflikt überrollte schnell solche Möglichkeiten.

Am 19. September 1946 – in seiner „Züricher Rede“ – bekennt sich Winston Churchill zu einem neuen Staatenmodell für das Nachkriegseuropa, nämlich zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. In den Vordergrund seiner Bemühungen stellt er die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Gründungsväter der Schweizer „Europa-Union“ (gegründet am 24. Juni 1934) luden fast zeitgleich zu einer Konferenz nach Hertenstein am Vierwaldstätter See ein und formulierten die Idee

eines föderalen Europas. Das Ergebnis ging als „Hertensteiner Programm“ (vgl. Anhang) in die Geschichte ein.

Zwischen Vision und Realität

Der Idee einer Europäischen Föderation hatte sich auch Wilhelm Heile verschrieben. Im fernen Syke – in der damaligen britischen Besatzungszone – erfuhr er von der Schweizer Europa-Union-Gründung durch den damals im Schweizer Exil lebenden Heinrich Ritzel, einem ehemaligen Völkerbundbeamten und Mitglied des Reichstages. Heile, damals Landrat, lud zur Gründung der Europa-Union Deutschland für den 9. Dezember 1946 in „seine“ damalige Kreisstadt Syke in das Hotel Schützenhof an der Herrlichkeit ein. Hier wurden Wilhelm Heile zum 1.Vorsitzenden und Wilhelm Hermes zum Geschäftsführer gewählt. Der erste Kongress der Europa-Union Deutschland fand dann im Juni 1947 in Eutin mit bereits ca. 200 Delegierten statt. Am 17. Dezember 1946 wurde – allerdings ohne deutsche Beteiligung – in Paris die „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF) gegründet.

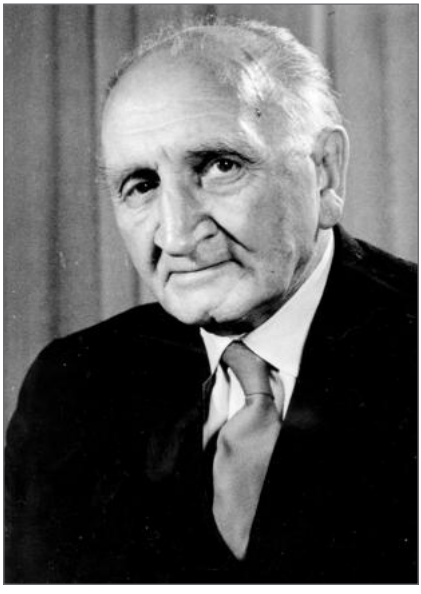
Die Bedeutung des Lebenswerks von Wilhelm Heile belegt Hermann Greve – Stadtarchivar in Syke – in seiner nachfolgenden Recherche in diesem Band. Diese ist angereichert mit Fotos, Bildmaterialen und Zeitdokumenten. Dirk Heile (Sohn von Wilhelm Heile) stellte die Fotos und Dokumente dem Stadtarchiv zur Verfügung. Andere Fotos und Bildmaterialien stammen aus privaten Archiven.

Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung zu Heiles Europavorstellungen wurden von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg veröffentlicht. Hierin bestätigt Markus Behne die Bedeutung Heiles und von dessen Mitstreitern. Eine Zusammenfassung findet sich im Kapitel „Wilhelm Heile und das föderale Europa“.

Einige der damals visionären Ideen, deren Anerkennung Heile zeitlebens nur bedingt erfahren konnte, sind heute umgesetzt. Weitere Schritte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zur langfristigen Sicherung bzw. Wiederherstellung des Friedens in Europa, aber auch zur Stärkung des Europäischen Parlaments sind gegenwärtig dringender denn je. Zurzeit gilt es, Erreichtes zu bewahren, nationale Egoismen zurückzudrängen und – wie unsere Präsidentin Andrea Wechsler im Geleitwort schreibt – die gewaltigen aktuellen Herausforderungen zu bestehen.

Wilhelm Heile – Portrait eines Gründervaters der Europa-Union

Hermann Greve



Landrat Wilhelm Heile

Vier Gründungsväter standen 1946 an der Wiege der Europa-Union. Der zweifellos populärste war der Altliberale Wilhelm Heile. Ihm wird vielfach die Rolle des eigentlichen Initiators zugeschrieben. Schon in der Weimarer Republik zählte er, der Publizist, Dozent und Parlamentarier, zu den führenden Verfechtern einer europäischen Föderation.

Geboren wurde der leidenschaftliche Pro-Europäer am 18. Dezember 1881 in Diepholz. Dort verbrachte er seine frühen Kinderjahre, dort praktizierte der Vater als Tierarzt. Die Mutter, berichtete 1961 der hoch betagte Heile, wurde „infolge der Geburt meines jüngsten Bruders Paul ... uns Kindern entrissen", woraufhin „eine Schwester meiner Mutter fortan unsagbar liebevoll ihre Stelle vertrat". 1890 zog die Familie nach Bremen. Heile: „Weil wir alle sechs nicht bloß eine quicklebendige, sondern auch gut begabte Kinderschar waren und unser Vater uns alle Möglichkeiten der Bildung mit auf den Lebensweg geben wollte, mußte Vater sich eine Existenz in einer Stadt mit Gymnasium usw. suchen. Uns in der Stadt in Pension für den Schulbesuch zu geben, wäre für den Geldbeutel unseres Vaters, der ein guter Tierarzt, aber kein Geschäftsmann war, zu kostspielig gewesen. So nahm er dann die Stelle des leitenden Tierarztes am Schlacht- und Viehhof in Bremen an."

Nur wenige Jahre hielten sich die Heiles in der Hansestadt auf. Sie übersiedelten nach Emden, wo das Familienoberhaupt die Leitung des städtischen Schlachthauses übernahm. Sohn Wilhelm, der schon in Bremen ein Gymnasium besucht hatte und den Schulbesuch in Emden fortsetzte, entwickelte ein ausgeprägtes Unbehagen gegenüber dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat. Nicht zuletzt die im Unterricht vermittelte Geschichtsbetrachtung aus dem Blickwinkel der regierenden Hohenzollern forderte seinen Widerspruchsgeist heraus. Er rebellierte gegen die Schulordnung, verlangte Mitspracherechte für die Schüler. Als der Sechzehnjährige gemeinsam mit Schulkameraden anlässlich eines Kaiserbesuchs Spalier stehen

sollte, verweigerte er den Gehorsam. Seine Renitenz endete mit dem Schulverweis.

Nach dem Rauswurf fand der Teenager zunächst als Arbeiter Beschäftigung auf einer Emdener Schiffswerft, wo er Grundkenntnisse im Maschinen- und Schiffsbau erwarb, fuhr dann als Heizer und Maschinist zur See. Zeitgleich eignete er sich extern das Abiturwissen an und wurde zur Reifeprüfung zugelassen. Die bestand der aufmüpfige Außenseiter „aus gutem Hause“ Ostern 1901 in Emden, gemeinsam mit seinen früheren Klassenkameraden.



Im Sommersemester 1901 nahm Heile das Studium des Schiff- und Schiffsmaschinenbaus an der Technischen Hochschule Hannover auf und wurde im Verein Deutscher Studenten (VDSt) aktiv. Mitbegründer der vom „Alldeutschtum“ durchdrungenen Studentenorganisation war Friedrich Naumann, dessen letztlich gescheiterter Nationalsozialer Verein sowohl für Demokratisierung und soziale Reformen als auch für eine expansive deutsche Außenpolitik eintrat. Heile war dem „großen Liberalen“ erstmals in Emden begegnet. Schon damals, als Schüler, sei er von Naumanns „Persönlichkeit und seinen Gedanken begeistert gewesen“, versichert er in einem Rückblick aus dem Jahr 1969. Doch erst an der TU Hannover entdeckte er seine Leidenschaft für die große Politik. Die Folge war, dass der zeitweilige VDSt-Funktionär ein wachsendes Interessse an den Staatswissenschaften zeigte und unter anderem Vorlesungen in Nationalökonomie, Staats- und Verwaltungsrecht besuchte.

Im Wintersemester 1904/05 machte er sich zum Wortführer im Kampf um akademische Freiheit und studentische Selbstverwaltung, organisierte Kundgebungen und zeigte einmal mehr republikanisch-antipreußisch Flagge, woraufhin er nach einem Ordnungsverfahren am 20. Februar 1905 von der Hochschule verwiesen wurde. Die Antwort war ein Massenprotest unter den hannoverschen Studenten, mit dem Ergebnis, dass Heile sein Studium wiederaufnehmen durfte. Doch der Studentenführer kehrte nicht an die TU zurück, er ging nach Danzig, um als Redakteur in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ zu arbeiten. Nach nur einem halben Jahr verließ er die preußisch-konservativ ausgerichtete Redaktion des Blattes und setzte seine journalistische Tätigkeit in der Berliner „National-Zeitung“ fort. Von 1906 bis 1908 gab er die Zeitschrift „Deutsche Hochschule“ heraus, war dann Redakteur und seit 1912 Chefredakteur in der von Friedrich Naumann gegründe-

ten Wochenschrift „Die Hilfe“. Zu den Wegbegleitern Heiles in der „Hilfe“ gehörten Theodor Heuss und die Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer.

„ ... feurig und mit rednerischem Schwung“ – Reichstagskandidatur für die Fortschrittliche Volkspartei

Die enge Zusammenarbeit zwischen Friedrich Naumann und Wilhelm Heile zeigte sich auch auf der Wahlkampfbühne. Gemeinsam wirkten sie in der Fortschrittlichen Volkspartei, die am 6. März 1910 aus der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei hervorgegangen war. Der inzwischen 28-jährige Ex-Diepholzer übernahm das Amt des Generalsekretärs im Provinzialverband Hannover der neuen linksliberalen Partei und wurde als deren Kandidat für den 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Achim-Verden-Hoya-Syke) nominiert. Bereits am 16. April 1910 stellte er sich den Wählern des Fleckens Syke. In dem kleinen Behörden- und Gewerbezentrum verfügte die Fortschrittliche Volkspartei über eine nicht unbedeutende Anhängerschaft und über einen eigenen Ortsverein, den „Lokal-Verein für Syke und Umgegend“. Dessen Vorstand hatte zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der Heile zunächst über die jüngst erfolgte Vereinigung der drei linksliberalen Parteien referierte.



Der Gymnasiast Heile (links) mit drei seiner fünf Geschwister. Eine Atelieraufnahme aus den 1890er Jahren

Er machte deutlich, dass ein Zusammenschluss mit den Nationalliberalen auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen sei. Mit einer Positionsbestimmung gab sich der einzige Redner des Abends wahlkämpferisch. Kritik übte er insbesondere an den Konservativen. Er verwies auf „die guten Folgen des niedrigen Zollsatzes ... für Futtergerste“, der dem „kleinen Mann“ zugute kommen würde, „was allerdings nicht ... dem Willen des Bundes der Landwirte“ entsprechen würde. Die konservative, im Reichstag vertretene Interessenorganisation pochte auf die Anerkennung der Landwirtschaft als bedeutendstem Gewerbe und verlangte die Einführung hoher Agrarzölle. Ein herausragendes Thema für die Bevölkerung des Kreises Syke, der sich zu den führenden Schweineerzeugern im Deutschen Reich zählen durfte. Die 1906 erfolgte Senkung des Einfuhrzolls für Futtergerste, z.B. aus Russland und Rumänien, hatte diese Entwicklung, von der zahllose Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte profitierten, maßgeblich begünstigt. Heftiger Kritik unterzog Heile eine Anfang Februar 1910 veröffentlichte Gesetzesvorlage, die das herrschende Dreiklassen-

wahlrecht für das Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages festschrieb und nur kosmetische Korrekturen vorsah. Der Entwurf hatte in den großen deutschen Städten Demonstrationen ausgelöst, auf denen ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Landtags- und Gemeindewahlrecht gefordert wurde.

Am 18. Juni 1911 kehrte der Kandidat nach Syke zurück, diesmal in Begleitung von Friedrich Naumann. Der Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei für Niedersachsen hatte zu einem Sommerfest geladen, das auf dem Schützenplatz im Friedeholz stattfand. Als Anlass diente das 50. Gründungsjubiläum der Deutschen Fortschrittspartei, einer 1861 aus verschiedenen altliberalen und demokratischen Gruppen gebildeten Vorläuferin der Volkspartei.

Im Vorfeld hatte die „Syker Zeitung“ mehrfach über das geplante Fest berichtet und die Teilnahme führender linksliberaler Politiker angekündigt. Neben Naumann, den das Lokalblatt als „unbestritten bedeutendsten Redner des gegenwärtigen Reichstags“ pries, wurden drei weitere Reichstagsabgeordnete erwartet, unter ihnen Otto Wiemer, Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der Flecken Syke rüstete sich für das große Ereignis: Am Bahnhof und in der Herrlichkeit wurden Ehrenporten errichtet, der Mühlendamm, die Bahnhof- und die Hauptstraße mit Girlanden und Flaggenschmuck ausstaffiert. Die politische Prominenz goutierte den freundlichen Empfang. Naumann, Wiemer, der Bremer Reichtagsabgeordente Hinrich Hormann und sein ostfriesischer Fraktionskollege Jan Fegter waren gekommen, um ihrem Parteifreund Wilhelm Heile in seinem Wahlkreis Schützenhilfe zu leisten. Der Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes, der Göttinger Neutestamentler Wilhelm Bousset, übernahm den Begrüßungspart. Die Forschrittliche Volkspartei, bedauerte er, sei in rein ländlichen Wahlkreisen so gut wie nicht vertreten. Bousset setzte auf Wilhelm Heile: Man sei „guter Hoffnung“, den 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis für sich zu gewinnen. „Als zweiter Redner“, berichtet die „Syker Zeitung“, „nahm, lebhaft begrüßt, Dr. Friedrich Naumann das Wort, um in einem glänzenden Vortrage die Geschichte der Partei“ zu beleuchten. „Er berührte u. a. die Zeit von 1848 und gedachte der großen Volksmänner jener Zeit, auf die die Volkspartei mit Stolz zurückblicken könne. ... Mit besonderer Freude gab er der Einigung des Linksliberalismus Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf die Fortschrittliche Volkspartei.“

Im Herbst 1911 begann die heiße Phase des Reichstagswahlkampfes. Der Kandidat der Linksliberalen bereiste seinen Wahlkreis. Betont freundlich begleitete die „Syker Zeitung“ seine Auftritte. Als er am Abend des 17. Dezember das „Deutsche Haus“ betrat, erwarteten ihn annähernd dreihundert Zuhörer. „Solche stark besuchten Wahlversammlungen dürften hier zu den Seltenheiten gehören“, meldete tags darauf das Kreisblatt. „Herr Heile, bekanntlich ein sehr sympathischer Redner, verbreitete sich in 2 ½ stündiger Dauerrede über die fundamentalen Grundsätze liberaler Politik, speziell den Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei gegenüber der Landwirtschaft betonend, der sie in keiner Weise feindlich gegenüber stehe. ... Die interessanten Ausführungen des Herrn Heile bewegten sich stets auf dem Boden strenger Sachlichkeit, sie ließen alles Verletzende vermissen. Starker Beifall lohnte dem Redner.“ Am 14. Dezember hatte er auf einer Versammlung in Kirchweyhe gesprochen. „Herr Heile, eine stämmige Niedersachsenfigur, redet feurig und mit rednerischem Schwung“, urteilte die „Syker Zeitung“. „Er verlangte, daß die Nationalliberalen ihm ihre Stimme gäben, da die nationalliberale Partei dies beschlossen hätte.“ Die Aufforderung richtete sich gegen Theodor Held, der nach einem Gerichtsverfahren sein Reichstagsmandat, in der Fraktion der Nationalliberalen Partei, niedergelegt hatte und offenbar ohne Unterstützung der Parteileitung kandidierte. Held war jedoch äußerst populär in seinem angestammten Wahlkreis, er konnte auf seine alte Hausmacht in den damaligen Kreisen Syke und Hoya vertrauen. Mit weitem Vorsprung absolvierte er die Hauptwahl am 12. Januar 1912 und ging aus der Stichwahl, in der ihm der Sozialdemokrat Eberle gegenüberstand, als klarer Sieger hervor. Heile hatte eines



Noch in letzter Stunde

versucht das Held-Komitee die Kandidatur des Herrn Held als nationalliberal hinzustellen und den Eindruck hervorzurufen, Herr Held werde von der nationalliberalen Reichstagsfraktion wieder aufgenommen werde.

Wähler! Laßt euch durch diesen **Schwindel** nicht irre machen! Aus zahlreichen im Wortlaut mitgeteilten Erklärungen der nat.-lib. Parteiführer und des nat.-lib. Parteivorstandes geht unzweideutig hervor,

dass die nationalliberale Partei jede Beziehung zu Herrn Held nach wie vor ablehnt.

Auch der vom Held-Komitee veröffentlichte **Brief des nationalliberalen Abgeordneten Heinze bestätigt das aufs neue.** Herr Held wollte von Herrn Heinze die Bescheinigung haben, daß er wieder aufgenommen und anerkannt würde. Er hat diese Bescheinigung aber nicht erhalten. Es ist ihm nur bestätigt worden, daß er inzwegen „freiwillig“ aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten sei, daß diese „Freiwilligkeit“ nur äußerer Schein war, geht aus der folgenden **Erklärung des nationalliberalen Generalsekretärs Breithaupt** deutlich hervor:

„Ebenso verwahre ich die Partei dagegen, den Mandatsvorgänger **(Held) an die Rockschösse gehängt zu bekommen.** Die Partei hat gleich nach dem schöffengerichtlichen Urteil gegen Held ihre Schuldigkeit getan und ihm **aufgefordert, der nat.-lib. Partei Valet zu sagen.“**

Warum schüttelt die nat.-lib. Partei diesen ihren früheren Abgeordneten ab? Weil ihm durch **rechtskräftiges Gerichtsurteil** nachgewiesen ist, daß er in niedrigen privaten Geldinteresse sein Reichstagsmandat mißbraucht hat, und weil er überhaupt nicht diejenigen Charaktereigenschaften besitzt, die ihn für das höchste Ehrenamt des deutschen Volkes geeignet erscheinen lassen.

Herr Held und sein Komitee behaupten nun, daß das in unserem Flugblatte mitgeteilte Urteil durch höhere Instanzen widerlegt und aufgehoben sei.

Das ist eine unerhörte Unwahrheit!

Das erwähnte Urteil ist rechtskräftig. Es ist niemals aufgehoben oder abgeschwächt worden.

Wie in dieser Sache das Held-Komitee die Unwahrheit sagt, so auch in den Angriffen gegen die liberale Kandidatur. Es stellt zum Beispiel die dreiste Behauptung auf, die Fortschrittliche Volkspartei sei eine Partei des Großkapitals und der Börse. Sie wolle die Aufhebung der Getreidezölle gegen Sozialisten gestützt.

Schamlosere Lügen kann es gar nicht geben.

Das Gegenteil ist die Wahrheit. **Wähler!** Darum sieht jeder vernünftige und ehrenhafte Mensch den Schluß, daß es um die Sache des Herrn Held schlecht stehen muß, wenn er und seine Freunde zu solchen Mitteln greifen.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!

Wer sich schon im Wahlkampfe derart **gegen Treu und Glauben versündigt,** kann kein Vertrauen beanspruchen.

Herr Held hat selbst in Bremkum unter Berufung auf ein Wort des Grafen Posadowsky gesagt: **Man solle den Menschen nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten, nach seinem Vorleben beurteilen.** Wenn man das aber bei Herrn Held tut, so muß man sich sagen:

„Wir werfen unsere Stimme nicht weg! Keine Stimme einem Manne, dessen Vorleben nicht einwandfrei ist!“

Es bleibt dabei:

Alle Liberalen geben ihre Stimme dem Sohne der Heimat, dem Manne von lauterem, untadeligem Charakter, dem wahren Volks- und Bauernfreund, unserem

Wilhelm Heile.

Der Wahlausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei.

Syker Zeitung
Nr. 4194 vom 11.02.1912

seiner besten Ergebnisse im Flecken Syke erzielt, wo er etwa 50 Prozent aller Stimmen für sich verbuchen konnte.

Der Versuch, die am 5. Mai 1913 im brandenburgischen Wahlkreis 5 stattfindende Ersatzwahl zum Sprung in den Reichstag zu nutzen, scheiterte ebenfalls. Wilhelm Heile stellte sich nun wieder ganz in den Dienst der „Hilfe“, deren Schriftleitung er nach seiner ersten Wahlniederlage übernommen hatte.

Schützengraben und „Staatsbürgerschule“

Die Mobilmachung am 1. August 1914 veranlasste den nationalsozial orientierten Journalisten, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Obgleich er Jahre zuvor als Einjährig-Freiwilliger nach einem Unfall für untauglich erklärt worden war, gelang es ihm durch Einreichen von Beschwerden und Gesuchen, an die Westfront versetzt zu werden. Er wurde Unteroffizier, schließlich Leutnant und Kompanieführer, doch schon 1915 kehrte er schwer verwundet ins Zivilleben zurück. Der aus dem Heer entlassene Weltkriegsoffizier nahm die Arbeit in Naumanns „Hilfe“ wieder auf und errang 1917 einen Sitz als Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg. Dort heiratete er am 9. Januar 1917 Marie Wehl, eine Tochter des nationalliberalen Reichstagsabgeordenten Fritz Wehl. Das Paar zog schon bald nach Zehlendorf, wo die drei Kinder Dirk, Holger und Heilke geboren wurden.

Im Herbst 1918 fand in Berlin die von Friedrich Naumann betriebene Gründung der „Staatsbürgerschule“ ihren Abschluss. Wilhelm Heile hatte dieses Projekt nachhaltig unterstützt und übernahm bis zum Frühjahr 1920 die Leitung der für Deutschland einzigartigen Einrichtung, aus der im Oktober desselben Jahres die „Deutsche Hochschule für Politik“ hervorging. Bis 1933 wirkte er hier als Dozent für Staatswissenschaften. Seine Idee war es, „ein Heer von gutgeschulten Kämpfern heranzubilden, die nicht so sehr in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern, als vielmehr in der Erziehung des Volkes zu staatsbürgerlichem Denken in nationalem, liberalem und sozialem Geist das Hauptfeld ihrer Tätigkeit suchen“.

„ ... teuflischer als bethlehemitischer Kindermord“ – Der Versailler Vertrag

Die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bescherte Heile, der im November 1918 an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) teilgenommen hatte, das lang ersehnte Parlamentsmandat. Als am 7. Mai in Versailles die alliierten Friedensbedingungen der deutschen Delegation unterbreitet wurden, erfasste Deutschland ein Sturm der Entrüstung. Wie fast alle Weimarer Parlamentarier lehnte Wilhelm Heile den zur Unter-



Wilhelm Heile als Mitglied der Nationalversammlung (um 1920)

zeichnung ausstehenden Vertrag, in dem Deutschland und seine Verbündeten zu Urhebern des ersten Weltkrieges erklärt wurden und als solche für alle Verluste und Schäden verantwortlich seien, kategorisch ab.

Als Abgeordneter des 16. Wahlkreises (Hannover-Hildesheim-Lüneburg-Braunschweig) erschien er am 18. Mai 1919 zu einer Protestkundgebung auf dem Syker Schützenplatz. Weit über tausend Teilnehmer waren einem Aufruf gefolgt, für den neben der Syker Ortstruppe der DDP auch der Sozialdemokratische Verein Syke und die Ortsgruppe des Reichsbundes sowie Anhänger der Deutsch-Hannoverschen Partei, der rechtsliberalen DVP und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verantwortlichen zeichneten. Als Redner traten zunächst der Bremer Arbeitersekretär Meschkat und die DNVP-Vertreterin Mathilde Plate, Studienrätin und Abgeordnete im bremischen Landesparlament, auf. Dann folgte Wilhelm Heile, dem es laut „Syker Zeitung“ gelang, „die andachtsvolle ernste Stimmung der immer mehr zuströmenden Zuhörer zu fesseln. ... Mit Ergriffenheit schilderte Herr Heile packend die Stimmung der letzten Tage in der National-Versammlung, hob hervor die fast einstimmige Absage der deutschen National-Versammlung an unsere Feinde, die Notwendigkeit, aus der sie geboren sei.“ Er verwies auf die möglichen Konsequenzen, die Deutschland bei einer Zurückweisung der alliierten Friedensbedingungen tragen müsse: auf die dann drohende Besetzung „und weitere Drangsalierungen“. Doch es sei, fasste die „Syker Zeitung“ seine weiteren Ausführungen zusammen, „unsere Pflicht ..., auch dieses in Kauf zu nehmen, denn das könne nur vorübergehender Natur sein, es könne kein Dauerzustand werden und das sei das Bedeutungsvolle für unser Deutschland. Bei dem heutigen Geist, der die ganze Welt durchziehe, könne es nicht ausbleiben, daß die feindlichen Heere durchsetzt würden, daß sie schließlich selbst die Forderungen ihren Ländern und Regierungen stellen würden, die rein aus menschlichem Empfinden schon die Deutschen frei machen müßten aus moderner Sklaverei, sie beschützen müßten vor der Ausführung eines Mordplanes“, wie der Redner das Versailler Vertragswerk publikumswirksam geißelte, „eines Mordplanes, der teuflischer als der bethlehemitische Kindermord“ sei.



Eine machtvolle Kundgebung gegen den Friedensvertrag

unserer Feinde wollen auch wir veranstalten. Wir fordern alle deutschen Frauen und Männer unserer näheren und weiteren Umgebung auf, sich recht zahlreich einzufinden zur

gewaltigen Protestkundgebung

am Sonntag, den 18. Mai 1919, 2½ Uhr nachmittags

auf dem Schützenplatze im Friedeholze.

Als Redner werden unter anderen auftreten

Herr **Meschkat, Bremen,** Arbeitersekretär

„ **Heile, Berlin,** Mitglied der Nationalversammlung.

Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Syke
Sozialdemokratischer Verein Syke

sowie mehrere Anhänger der

Deutsch-Hannoverschen Partei
Deutsch-Nationalen Volkspartei Deutschen Volkspartei.

Diesem Aufruf im nationalen Interesse schließt sich an

Ortsgruppe Syke des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

☛ Bei ungünstiger Witterung findet die Versammlung im Saale des Schützenhauses statt.

Syker Zeitung
Nr. 6140 vom 17.05.1919

Heile, der in den kommenden Jahren allen Revanchegedanken entgegentrat und jede Gewaltpolitik von deutscher oder alliierter Seite ablehnte, setzte Hoffnungen in den sich konstituierenden Völkerbund. Auf der Syker Kundgebung reklamierte er geistige Urheberschaften für sein Land, als gelte es, Beweise für eine besondere Integrationsfähigkeit des Deutschen Reiches im Hinblick auf eine neue Friedensordnung zu erbringen. „‚Seid umschlungen Millionen', dieses Wort Schillers zog der Redner heran als Hinweis auf uralte deutsche Völkerbundideen und verwies noch auf den größten Philosophen der Welt, Kant, dessen Betrachtungen heute wörtlich fast für die Völkerbundideen zu verwenden seien", berichtete die „Syker Zeitung". Hier schimmern Vorstellungen von einem zivilisatorischen Missionsauftrag der deutschen Nation durch, die Heiles spätere Bemühungen um ein vereintes Europa stets begleiteten.

Für einen föderativen Umbau des Deutschen Reiches

In der Nationalversammlung und später im Reichstag trat der bekennende Hannoveraner gegen die Vormachtstellung Preußens auf und engagierte sich für eine „organische Neugliederung", für eine förderalistische Umgestaltung Deutschlands, das seinen großdeutschen Ambitionen entsprechend Österreich einschließen sollte. Sein 1919 erschienenes Buch „Stammesfreiheit im Einheitsstaat" begleitete die parlamentarischen Vorstöße. Wesentlichen Anteil hatte Heile am Zustandekommen und an der Gestaltung des Artikels 18 der Weimarer Verfassung, der die Neu- und Umbildung von Ländern auf der Grundlage von Volksabstimmungen ermöglichte. Als der Artikel am 22. Juli 1919 von der Nationalversammlung angenommen wurde, forderte der Publizist die Einrichtung einer Reichsstelle zur Durchführung der organischen Neugliederung. Diese solle „von sich aus selber schöpferisch vorgehen". Dazu sei es nötig, „daß sie einen Plan ausarbeitet, wie unter Berücksichtigung der geschichtlich gewordenen und geographisch und wirtschaftlich bedingten

Verhältnisse und vor allem auch der Stammesgefühle das Deutsche Reich möglichst einfach und zweckmäßig gegliedert werden kann."

Die Hoffnungen, die Heile in den Artikel 18 setzte, blieben in der Weimarer Republik unerfüllt. Eine niederschmetternde Erfahrung für den Föderalisten war die 1924 gescheiterte Vorabstimmung über die Loslöung seiner Heimat-Provinz Hannover (ohne den Regierungsbezirk Aurich) von Preußen. Gerade mal ein Viertel der Abstimmungsberechtigten hatte sich für die Initiative der Deutsch-Hannoverschen Partei ausgesprochen.

Vom Staatenbund zum Bundesstaat – „Die Vereinigten Staaten von Europa"

Anlässlich der Reichtstagswahlen vom 6. Juni 1920 gelang es Heile nur mit Mühe, ein Mandat zu erringen. Als Abgeordneter des neu gebildeten Wahlkreises 18 (Süd-Hannover-Braunschweig), der das Gebiet des heutigen Landkreises Diepholz einschloss, zog er in den Berliner Reichstag. Die Weimarer Koalition, in der auch die DDP Regierungsverantwortung übernommen hatte, war von den Wählern insbesondere für die Unterzeichnung des Versailler Vertrags und unter dem Eindruck der Dolchstoßlegende abgestraft worden. Im damaligen Kreis Syke hatte der DDP-Kandidat Heile fast dreitausend Stimmen von knapp 4500 im Januar 1919 verloren. Nicht unbedeutend für dieses katastrophale Ergebnis war die Rolle der „Syker Zeitung". Sie hatte sich zum Sprachrohr der rechtsliberalen, von Gustav Stresemann geführten Deutschen Volkspartei gemacht, deren Kandidat das beste Ergebnis im Kreisgebiet einfuhr.

Neben seiner Parlamentsarbeit blieb Wilhelm Heile zunächst weiterhin in der „Hilfe" tätig. Nach dem Tod von Friedrich Naumann am 24. August 1919 hatte er gemeinsam mit Gertrud Bäumer die Herausgeberschaft übernommen, darüber hinaus war er verantwortlicher Leiter des politischen Teils. Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeitschrift sich 1923 zuspitzten, verließ er das Wochenblatt. Im Dezember 1920 hatte der Reichstagsabgeordnete hier, in seinem Beitrag „Weltfriede und Völkerbund", das Deutsche Reich aufgefordert, dem Völkerbund beizutreten. Damit eilte er der offiziellen Parteilinie der DDP um Jahre voraus.

Ende 1921 griff Heile in der „Hilfe" die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa" auf, eine „Formel", die, wie der Historiker und Liberalismus-Experte Jürgen C. Heß betont, längst im Umlauf war. Heile erblickte in der Schaffung eines Staatenbundes die Chance zur Befriedung Europas und damit auch zur Überwindung der durch den Versailler Vertrag errichteten Friedensordnung. Für Deutschland machte er mit Blick auf den angestrebten Einigungsprozess ungeniert einen moralischen Führungsanspruch geltend. Als Reak-

tion auf die gescheiterten Verhandlungen über eine internationale Anleihe, die dem Deutschen Reich die Zahlung der Reparationen hatte ermöglichen sollen, schrieb er im Juni 1922: „Was not tut, ist, ein Beispiel zu geben einer besseren Politik. Nicht weil uns die Machtvoraussetzungen dafür fehlen, sondern weil wir anderen und besseren Sinnes und deshalb weiteren Blickes sind, müssen wir Deutschen uns vom Ränkespiel der anderen völlig freihalten und eine Politik des Aufbaus einer neuen Völker-, Staaten- und Menschheitsordnung anstreben. Die ‚Großen' von heute mögen sich noch eine Weile den kostspieligen Luxus leisten können, in ihrer Politik von der Hand in den Mund zu leben und mit den alten Methoden der wechselseitigen Übervorteilung fortzuwursteln. Wir aber müssen uns aus äußerer Ohnmacht zu um so größerer moralischer Macht erheben. Die Welt wird nicht eher zur Gesundung kommen, ehe nicht Europa Ruhe hat. Und Europa kann nicht eher voll beruhigt sein, ehe nicht Mitteleuropa eine feste zukunftstarke Lebensordnung gefunden hat. Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa sind die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten von Europa. Und diese wieder die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten der Menschheit."

Der Mitteleuropa-Gedanke ging auf Friedrich Naumann zurück. In seinem viel beachteten, 1915 erschienenen Werk „Mitteleuropa" hatte der Befürworter der wilhelminischen Kolonial- und Flottenpolitik eine Abmilderung der deutschen Kriegsziele gefordert. Um Deutschlands Weltgeltung zu erhalten, propagierte er einen engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zusammenschluss des Deutschen Reiches mit Österreich, nach Möglichkeit auch mit Staaten wie etwa Ungarn und Bulgarien.

Heiles Zugang zur Europapolitik stand offenkundig unter dem Einfluss von Naumanns Mitteleuropakonzeption, allerdings, so betont auch der Bremer Historiker Karl Holl, übernahm Heile nicht die machtstaatlichen Positionen seines großen Vorbilds. „Die Beschäftigung mit dem Schicksal deutscher Minderheiten in Europa, schließlich nationaler Minderheiten überhaupt, lieferte weitere Impulse", urteilt Holl und erklärt zusammenfassend: „Von daher und vor allem aufgrund seiner Weigerung, sich mit der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage abzufinden, gelangte Heile als großdeutscher Föderalist zu einer Europakonzeption, die von einer ‚organischen' föderativen Gliederung Europas die Lösung der europäischen Einzelprobleme erwartete".

Bereits 1919, während des Kampfes „für eine zweckmäßige Gliederung des Deutschen Reiches", versicherte Wilhelm Heile in seiner 1929 verfassten Schrift „Das Problem gerechter Grenzen zwi-

schen den Staaten“, habe ihm klar vor Augen gestanden, „daß die deutsche Entwicklung vom Staatenbund über den Bundesstaat zum dezentralisierten Einheitsstaat auch für die Entwicklung Europas ein Vorbild werden könnte“. Seine europäischen Visionen, die er zunächst publizistisch verbreitet hatte, beschrieb er 1922 auf einer in Wien stattfindenden Tagung der Interparlamentarischen Union. Heile gehörte der deutschen Gruppe der internationalen Vereinigung von Parlamentsmitgliedern bis in die frühen dreißiger Jahre an, obgleich er schon nach einer Legislaturperiode sein Parlamentsmandat verloren hatte. Zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924 war er von der DDP nicht mehr als Kandidat aufgestellt worden. Seine proeuropäische Propaganda, vermuten Liberalismus-Forscher, sei wenigstens zum Teil für die Nichtnominierung verantwortlich gewesen. „Mit seinem Konzept zukünftiger supranationaler Integration in bundesstaatlicher Form“, so Jürgen C. Heß, „war Heile den allermeisten seiner Parteifreunde weit voraus.“

Erfolglos blieben die Bemühungen um eine längerfristigte Zusammenarbeit mit dem Grafen Richard Coudenhove-Kalergi. Der österreichisch-japanische Diplomatensohn hatte im Oktober 1923 nach mehrjähriger Werbearbeit die Paneuropa-Union gegründet. Das Programm lieferte sein Anfang desselben Jahres in Wien erschienenes Buch „Paneuropa“, mit dem sich Coudenhove beträchtliche Popularität verschaffen konnte. Darin propagierte er die Bildung eines europäischen Staatenbundes unter Ausschluss Englands, das durch das britische Weltreich zur außereuropäischen Orientierung gezwungen sei, und der Sowjetunion, die durch ihre Absage an das europäische System der Demokratie „politisch den Austritt aus Europa“ vollzogen habe und den seit Peter dem Großen verfolgten „Anmarsch gegen Westen“ fortsetze. Auch Heile schürte die Furcht vor dem „Imperialismus der Bolschewisten“. In seiner Schrift „Nationalstaat und Völkerbund“ bemühte er 1926 die „Erinnerung an Attila, Timur Lengh und Dschingis Chan und die Überflutung Europas durch innerasiastische Völkerwellen“. Dem zersplitterten Europa, verkündete Coudenhove-Kalergi in einem Manifest vom April 1924, drohe ein Vernichtungskrieg, drohe die „Unterwerfung durch Rußland“ und der wirtschaftliche Ruin. „Die einzige Rettung vor dieser Katastrophe ist: Pan-Europa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einer internationalen Gruppe, zu einem politischen und wirtschaftlichen Zweckverband.“

Vom ehren- zum hauptamtlichen Proeuropäer

Heile wurde 1924/25 kurzzeitig für die im Aufbau befindliche deutsche Sektion der Paneuropa-Union tätig. Vergeblich hoffte er, Coudenhove zu einer Kooperation mit anderen deutschen Initiativen bewegen zu können. Er musste zudem erkennen, dass der autoritäre Führungsstil des Grafen ihm wenig Spielraum für selbständige Aktivitäten lassen würde. Auf Coudenhoves entschiedene Kritik war Heiles Engagement in dem 1924 gegründeten deutschen Komitee für die „Interessengemeinschaft der europäischen Völker" gestoßen. Die von dem Berliner Journalisten Alfred Nossig und von Reichstagsmitgliedern unterschiedlicher Parteien initiierte Aktionsgemeinschaft begriff die deutsch-französische Verständigung als Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und orientierte sich an dem universellen Völkerbundgedanken, wohingegen Coudenhove forderte, den Völkerbund zu dezentralisieren und als bloße Ergänzung zu Paneuropa aufzufassen.

Über die Interparlamentarische Union pflegte das Komitee Kontakte zu ähnlichen, 1925 in Frankreich, Großbritannien und Polen entstandenen Gruppierungen. Außenminister Gustav Stresemann unterstützte das deutsche Aktionsbündnis, das auf der Linie seiner Verständigungspolitik agierte und später in „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit" umbenannt wurde. Im Frühjahr 1926 erfolgte nach längeren Vorverhandlungen, die Wilhelm Heile mit Stresemann und weiteren Vertretern des Auswärtigen Amtes geführt hatte, die Konsituierung als „Verband für europäische Verständigung". Namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens warben in einem Aufruf für die Sammlungsbewegung. Zu den Unterzeichnern zählten neben dem amtierenden Reichskanzler und seinem Vorgänger, neben Ministern, Reichstagsabgeordneten, Bankiers, Unternehmern sowie führenden Vertretern von Gewerkschaften und Berufsverbänden unter anderem Albert Einstein und Gerhart Hauptmann. In dem Aufruf wurden die Locarno-Verträge als „Zeichen für die Aussöhnung der europäischen Völker" gewertet, wurde zu einer Sammlung aller Bevölkerungskreise „für die Sicherung der deutschen Interessen"(!) und die „Annäherung der Völker" aufgefordert.

Finanziell unterstützt wurde die überparteiliche Organisation vom Auswärtigen Amt. Die Präsidentschaft übernahm der Völkerrechtslehrer Walther Schücking; Wilhelm Heile, der unter anderem durch die Interparlamentarische Union und als Vizepräsident der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques similaires (Vereinigung liberaler Parteien) bereits über vielfältige Auslandskontakte verfügte, war als geschäftsführender Präsident für die internationalen Verbindungen zuständig. Heile und andere

führende Vertreter des Verbandes sahen diesen nicht zuletzt als Instrument für eine friedliche Revision des Versailler Vertrages. Als unverzichtbar für eine dauerhafte Befriedung und Einigung Europas galt ihnen die Einbindung Englands. Auf einer Anfang November 1926 im Reichstag veranstalteten Kundgebung des deutschen Verbandes für europäische Verständigung unterstrich Heile die Zugehörigkeit Großbritanniens zu Europa. Aber auch Russland müsse, „wenn es innerlich reif und bereit ist für die Teilnahme am Werke der europäischen Solidarität, die Pforte für den Eintritt weitgeöffnet" vorfinden.



Den Höhepunkt seines proeuropäischen Engagements überschritten: Heile im Jahr 1931

Am 2. September 1926 hatte sich der Verband mit nationalen Komitees aus 21 europäischen Ländern zum „Verband (Bund) für europäische Verständigung" zusammengeschlossen. Das Amt des Präsidenten wurde dem französischen Radikalsozialisten Emile Borel übertragen. Einstimmig verabschiedete die Genfer Gründungsversammlung einen Aufruf, in dem als Hauptaufgaben der neuen Dachorganisation genannt wurden: „Herbeiführung der europäischen Entspannung sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die tunlichste politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zwecks Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen".

Nachdem es Borel und radikalsozialistischen Abgeordneten nur wenige Monate später gelungen war, eine neue, überdies erfolgreiche Bewegung ins Leben zu rufen, der sich einflußreiche Mitglieder sowohl des französischen Komitees für internationale Verständigung als auch französische Paneuropäer zuwandten, nahm Heile Gespräche mit Coudenhove über eine mögliche Zusammenarbeit in Deutschland auf. Doch die Verhandlungen der beiden Rivalen waren von tiefem gegenseitigen Misstrauen geprägt. Das schließlich im Dezember 1927 durch Heiles Verband, die Paneuropa-Union Deutschlands und weitere Organisationen gebildete „Deutsche Kartell für europäische Annäherung" zerfiel nach kurzer Zeit. Holl spricht von einem intrigenreichen Kleinkrieg zwischen Heiles und Coudenhoves Gruppierung. So versuchte der Graf offensichtlich Kapital aus dem nicht erlahmenden Engagement seines Kontrahenten für die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich zu schlagen und ihn deshalb auf französischer Seite in Misskredit zu bringen. Wilhelm Heile war Vizepräsident im Österreichisch-Deut-

schen Volksbund, der führenden Anschluss-Organisation. Die Angliederung, argumentierte er 1926 in seinem Buch „Nationalstaat und Völkerbund“, würde zu einer Erholung der österreichischen Wirtschaft und zur Bereinigung eines gefährlichen politischen Krisenherdes führen. Im Zentralorgan des Österreichisch-Deutschen Volksbundes vertrat er 1928 sogar die Ansicht, dass der Anschluss Voraussetzung für die „Gesundung der nationalen und internationalen Organisation der europäischen Staatenwelt“ sei.

In Berlin war man der Auseinandersetzung zwischen den beiden Europa-Protagonisten müde. Stresemann ließ Heile „die alsbaldige Begrabung des Kriegsbeiles“ empfehlen. Obgleich im Auswärtigen Amt mittlerweile auch die Existenzberechtigung seines Verbandes in Zweifel gezogen wurde, da „nahezu alle Ziele seiner Organisation teils vom Völkerbund selbst, teils von den Völkerbundligen mit Nachdruck verfolgt“ würden, flossen weiterhin Subventionen. Am 25. November 1928 nahm die Schücking-Heile-Gruppe an der Gründung des „Bundes für europäische Cooperation“ teil. Nationalkomitees aus inzwischen 26 Ländern hoben auf einer Generalversammlung in der Pariser Sorbonne die Nachfolgeorganisation des Verbandes für europäische Verständigung aus der Taufe. In der Rolle des Präsidenten wiederum Emile Borel, und während Walther Schücking zu einem der fünf Vizepräsidenten gekürt wurde, erhielt Wilhelm Heile als einer von zwei Generalsekretären die Aufgabe, sich der internationalen Progaganda und der Kontaktpflege zwischen den nationalen Sektionen zuzuwenden.

Gemeinsam mit Borel unternahm Wilhelm Heile Schritte für ein Aktionsprogramm. In diesem Zusammenhang entwickelte er eine Reihe von praktischen Vorschlägen für eine europäische Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Kultur. Auch eine gemeinsame Verteidigungsorganistation war Gegenstand seiner Überlegungen.

Jürgen C. Heß sieht in „Heiles Rolle die eines der aktivsten der führenden Proeuropäer in der Weimarer Republik“. Doch ungeachtet seiner vielgestaltigen internationalen Kontakte, trotz führender Tätigkeit in europäischen Verbänden und in der Interparlamentarischen Union gelang es ihm nicht, erkennbaren Einfluss auf die deutsche Außenpolitik der zwanziger und frühen dreißiger Jahren zu nehmen. Durch den zunehmenden Rechtsruck, auch innerhalb seiner eigenen Partei, geriet Heile seit 1929/30 mehr und mehr in die Isolation.

In deutschen Regierungskreisen übte man seinen Europa-Visionen gegenüber Zurückhaltung. Ministerialdirektor Köpke monierte

am 21. Dezember 1929 in einer Aufzeichnung für Reichsaußenminister Curtius: Wilhelm Heiles Europa-Ziele seien „noch ziemlich verschwommen und in ihren außenpolitischen Auswirkungen nicht ganz übersichtlich“. Er habe, urteilt Heß, in einem letztlich doch „wirklichkeitsfremden, ja unpolitischen Idealismus nach dem Allheilmittel für die Lösung der außenpolitischen Probleme der Weimarer Republik“ gesucht. Der „utopische Grundzug seines politischen Wollens während der Weimarer Republik“ sei unübersehbar. Auch neigte er zur Überschätzung seiner eigenen Rolle und des für Europa Erreichten, ließ er es häufig an Selbstkritik mangeln. In einem Brief an Jules Rais, den Generalsektretär des Comité Français de Coopération Européenne, wagte er 1931 die kühne Behauptung, der europäische Gedanke habe sich in Europa durchgesetzt, und fügte hinzu: „Fast möchte ich wagen zu sagen: ich habe ihn durchgesetzt ...“

Dem deutschen Verband für europäische Verständigung, dessen Vorstand 1928 die Bezeichnung „Deutsches Comitee für europäische Cooperation“ angenommen hatte, wurden Ende 1930 seitens des Auswärtigen Amtes die Subventionen gekürzt. Die Gruppierung sah sich daraufhin im Februar 1931 gezwungen, mit der Deutschen Liga für Völkerbund zu fusionieren. Wilhelm Heile übernahm die Geschäftsleitung des neuen Komitees.

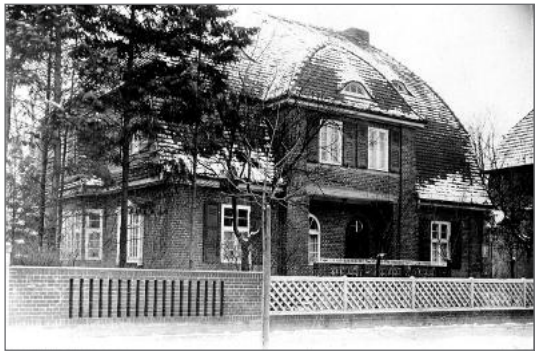
„Innere Emigration“ und politisches Comeback

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten verurteilte den erklärten Nazi-Gegner zur politischen und publizistischen Untätigkeit. Mehrfach wurde Wilhelm Heile in den folgenden Jahren von der Gestapo verhört und schwer misshandelt. Seine umfangreichen tagebuchähnlichen Notizen sowie der größte Teil seiner Korrespondenz gingen durch Hausdurchsuchungen verloren.

Im Frühjahr 1933 verkaufte der ehemalige Verbandsfunktionär sein Einfamilienwohnhaus in Berlin-Zehlendorf und erwarb das in der Niederlausitz gelegene Gut Tzscheeren, um es selbst zu bewirtschaften. Schon 1936 kehrte er nach Berlin zurück; der Versuch einer neuen Existenzgründung war an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der zu den Gründungsmitgliedern der DDP zählte und sich in der Endphase der Weimarer Republik als Wegbereiter Hitlers betätigt hatte, verschaffte seinem Parteifreund eine bescheidene Position in der Reichsbank. Heile arbeitete als Übersetzer vornehmlich ausländischer Zeitschriften und Zeitungen in der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung. Nebenberuflich übernahmen er und seine Frau Marie Lektoratsarbeiten für einen Berliner Verlag.

Nachdem Schacht Anfang 1939 als Reichsbankpräsident ausgeschieden war, behielt sein Schützling zwar die Anstellung in der Deutschen Reichsbank, doch die privaten Sorgen, vor allem die Erkrankung seiner Frau und ihr früher Tod im Oktober 1939, drückten den Vater dreier Kinder nieder. Hinzu kam, dass eine im Ersten Weltkrieg erlittene Kopfverletzung ihm schwer zusetzte. Geplagt von ständigen Kopfschmerzen und zeitweiligem Augenversagen gab er Ende 1941 den Dienst in der Reichsbank auf.

Heile verließ die Hauptstadt, um sich nach Colnrade zurückzuziehen, dem südwestlich von Bremen gelegenen Geburtsort seines Vaters. Hier erlebte der 63-Jährige den Untergang des Dritten Reiches, und von hier aus startete er sein kurzes politisches Comeback. Eingesetzt von der britischen Militärregierung, führte Wilhelm Heile seit Sommer 1945 als hauptamtlicher Landrat die Syker Kreisverwaltung. Von 1946 bis 1948 nahm er im Kreis Grafschaft Hoya das repräsentative Ehrenamt des Landrates neuer Prägung wahr.



Heiles Haus in Berlin-Zehlendorf, Milinowskistr. 34



Das Kreishaus in Syke

Entscheidenden Anteil hatte der Altliberale und Vertraute Naumanns am Aufbau der FDP. Ihr erstes Parteiprogramm, die „Syker Richtlinien“, stammt aus seiner Feder. Für kurze Zeit stand er an der Spitze des FDP-Verbandes in der britischen Zone. Auf dem ersten Parteitag, der im Mai 1946 in Bad Pyrmont stattfand, knüpfte er an seine in der Weimarer Republik verfochtenen politischen Ziele an, als er wiederholt sein unerschütterliches Bekenntnis zum Föderalismus und zur vermeintlichen deutschen Sendungsaufgabe ablegte: „Laßt uns also, indem wir hier auf deutschem Boden unseren deutschen Staat, unsere deutsche Selbstverwaltung und Selbstregierung errichten, diese Selbstregierung unseres Volkes so aufbauen, daß unsere Föderation der sich selbst verwaltenden Glieder unserer Nation vorbildlich für alle Völker wird und angrenzend aus ihr die europäische Föderation sich entwickeln kann. Dann bedeutet die deutsche Einheit

die Voraussetzung für den Zusammenschluß aller Völker Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa. Und dann wird hieraus von selbst und mit demselben Tage das feste Fundament gelegt sein für die Vereinigten Staaten der Erde. Das ist die deutsche Mission, die heilige Mission unserer Vergangenheit ...“

Mit ganzer Kraft stellte sich Heile in den Dienst des demokratischen Wiederaufbaus. Er bewältigte ein ernormes Arbeitspensum, insbesondere außerhalb seiner Funktion als Syker Landrat, was ihm angesichts häufiger Abwesenheit mancherlei Kritik im Kreisgebiet eintrug. Vom August bis zum November 1946 war er Mitglied im ernannten Landtag des kurzlebigen Landes Hannover, amtierte während dieser Zeit als stellvertretender Ministerpräsident, außerdem von September bis November 1946 als Minister für Wirtschaft und Verkehr. Bis zum Frühjahr 1951 verfügte das ausgeschiedene Regierungsmitglied über ein Abgeordnetenmandat im niedersächsischen Landtag. Heile gehörte dem Zonenbeirat der Britischen Zone und dem Parlamentarischen Rat in Bonn an, der das Grundgesetz ausarbeitete. Am Ende stimmte der niedersächsische Föderalist, der sich kontruktiv an der Mitgestaltung des Verfassungswerkes beteiligt hatte, gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik - aus innenpolitischen Erwägungen. Vor allem die Eigenständigkeit der Länder glaubte er nicht genügend berücksichtigt.



Treffen der drei Zonenvorsitzenden der liberalen Parteien am 28./29. September 1946: (v. l. n. r.) Theodor Heuss, Wilhelm Heile und Wilhelm Külz.

In der FDP war der Parlamentarier zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vertreten. Seine Bemühungen um die Schaffung einer Sammelpartei rechts der SPD waren bei den Freidemokraten auf Widerstand gestoßen, darüber hinaus hatte die Vorstandsriege seine europäischen Visionen mit Skepsis betrachtet. Mitte November 1946 war Heile der Rücktritt als FDP-Präsident nahegelegt worden. In dieser Situation traf er am 9. Dezember 1946 im Syker Hotel „Schützenhaus“ mit drei Parteifreunden zusammen, um die insbesondere von dem FDP-Generalsekretär Wilhelm Hermes vorbereitete Gründung der deutschen Europa-Union zu vollziehen. Mit dabei waren die bereits angestellten Bezirksgruppen-Geschäftsführer Drasdo und Rütten. Im „zentralen Gründungsausschuss“ fanden sich neben Heile und Hermes der Düsseldorfer FDP-Kreisvorsitzende Wilhelm Hellwig, der Frabrikant Walter Hasemann, Vorsitzender der FDP Hanno-

ver, und schließlich der nicht anwesende Nicolaus Möller aus dem schleswig-holsteinischen Meldorf.

Wilhelm Heile, der erste Vorsitzende, bemühte sich in den folgenden Monaten um einen Zusammenschluss mit den anderen deutschen Europa-Gruppierungen. Auf dem vom 21. bis 23. Juni 1947 in Eutin abgehaltenen Delegiertenkongress der Europa-Union erneuerte er sein Fusionsangebot, wurde jedoch aus der Führungsspitze verdrängt.



Eutiner Kongress – am Rednerpult links Wilhelm Hermes

Von der FDP hatte er sich inzwischen, nach einem Parteischiedsgerichtsverfahren, verabschiedet. Der Wechsel zur rechtslastigen Niedersächsischen Landespartei, seit Sommer 1947 Deutsche Partei, verschaffte dem liberalen Querdenker nicht den erhofften Spielraum. 1951 zog er sich von der überregionalen politischen Bühne zurück. Das letzte Ehrenamt, den Vorsitz im Roten Kreuz des Landkreises Grafschaft Hoya, legte er 1956 nieder.

Seinen Lebensabend verbrachte der Politiker in Harpstedt. Es schmerzte ihn, dass nicht er, sondern sein alter Rivale Coudenhove die Lorbeeren als „Vater des Europa-Gedankens“ einheimste, wo dieser doch, so Heile in einer autobiografischen Skizze aus den frühen 1960er Jahren, „die Verwirklichung Europas durch seinen kontinentalen Machtwunschtraum zur rechten Zeit verhindert“ habe. Und während Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi 1950 für seine Verdienste um die europäische Einigung den ersten internationalen Karlspreis der Stadt Aachen erhielt, musste sich Wilhelm Heile mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens begnügen. 1968 wurde es ihm verliehen – ein Jahr vor seinem Tod. Wilhelm Heile starb hochbetagt am 17. August 1969 in Harpstedt.



Wilhelm Heile im Gespräch mit Erich Mende

Kurzprotokoll
über

die Sitzung des zentralen Gründungsausschusses in Syke, Bez. Bremen am 9. Dezember 1946

Anwesend waren die Herren:

Heile, Hermes, Hellwig, Dr. Hasemann sowie die beiden Bezirksgruppen-Geschäftsführer Drasdo und Rütten.

Es wurde beschlossen:

1) Bis zu einer neuen Fassung der Programmatischen Richtlinien, die Herr Heile sich bereit erklärte auszuarbeiten, dienen die von Herrn Hermes vorgelegten Richtlinien und das 18-Punkte-Programm als Wegweiser und Unterlage für die Anmeldung bei der Militärregierung

2) Die von Herrn Hermes vorgelegten Satzungen wurden einstimmig als vorläufige Satzungen beschlossen.

3) Dem zentralen Gründungsausschuß gehören vorerst an die Herren:

Wilhelm Heile,	Syke, als 1. Vorsitzender,
Wilhelm Hermes,	als geschäftsf. Vorsitzender und Leiter der deutschen Gesamtorganisation,
Nicolaus Möller,	als Leiter der Organisation Schleswig-Holstein,
Wilhelm Hellwig,	als Leiter der Organisation für Nordrhein-Westfalen.

Herr Dr. Hasemann gehört dem Gründungsausschuß stimmberechtigt jedoch vorerst nicht als Mitglied an. Er übernimmt die Leitung der Organisation für den gesamten Raum Niedersachsen.

Über die Hinzuziehung weiterer Gründungsausschuß-Mitglieder, die möglichst nicht der FDP angehören sollen, ist jeweils ein Beschluß des jetzigen Gründungsausschusses erforderlich.

4) Der von Herrn Heile verfaßte Bericht über die Gründung der „Europa-Union" wird unverzüglich an Presse und Rundfunk weitergeleitet.

5) Die „Europa-Union" wird erst dann an Wahlen in der britischen Zone teilnehmen, wenn hierzu eine zwingende Notwendigkeit vorliegt.

Herr Möller konnte an der Sitzung nicht teilnehmen; er hatte sich entschuldigen lassen

gez. Hermes

Vert.: Heile, Hermes, Hellwig,
Möller, Dr. Hasemann,
Kauffmann

Ausgewählte Literatur

Vanessa Conze, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas (= Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 165), Gleichen 2003

Dies., Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970) (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 69), München 2005

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, Paneuropa, Wien u. Leipzig 1923

Wilhelm Heile, Stammesfreiheit im Einheitsstaat (= Die Staatsbürgerschule, 1), Berlin 1919

Ders., Die Vereinigten Staaten von Europa, in: Die Hilfe, Nr. 18 v. 25. Juni 1922, S. 274-276

Ders., Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt 1926

Ders., Europäische Cooperation, Berlin 1929

Ders., Das Problem gerechter Grenzen zwischen den Staaten, Berlin 1929 (= Sonderdruck aus der „Friedens-Warte" Nr. 10/11 1929)

Ders., Abschied von der FDP, Syke 1947

Jürgen C. Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: Historische Zeitschrift, Bd. 225 (1977), S. 572-622

Ders., „Das ganze Deutschland soll es sein" - Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei (= Kieler Historische Studien, Bd. 24), Stuttgart 1977

Karl Holl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Bd. 219 (1974), S. 33-94

Walter Lipgens, Europäische Einigungsidee 1923-1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in Historische Zeitschrift, Bd. 203 (1966), S. 46-89 u. 316-363

Ders., Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil: 1945-1947, Stuttgart 1977

Ludwig Luckemeyer, Wilhelm Heile.1881-1981. Föderativer liberaler Rebell in DDP und FDP und erster liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland, Wiesbaden 1981

Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915

Carl H. Pegg, Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925-1930, in: Europa-Archiv, F. 22 (1962), S. 783-790

Wilhelm Heile und das föderale Europa[1]

Markus Behne

Der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Klaus von Dohnanyi, stellte in einem Beitrag für den Deutschlandfunk heraus, welche Rolle Deutschland für die europäische Einigung spielen könne: „Wir Deutschen besitzen viel für eine wichtige Rolle im Einigungsprozess Europas [...] In der EU leben nur Deutschland und Österreich in einer Geschichte der Konföderation. Und nur der Föderalismus kann das Leitbild der zukünftigen politischen Gestalt Europas sein“[2]. Ähnlich dachte auch der frühe deutsche Europaföderalist Wilhelm Heile. Heile suchte und fand, ebenso wie Dohnanyi, das Leitbild für eine europäische Einigung im deutschen und österreichischen Staatswesen. Der 1881 in Diepholz geborene Heile ging sogar noch einen Schritt weiter. Heile entwarf, kurz nach dem 2. Weltkrieg, ein Staatskonzept für Deutschland, das vollkommen von der Einigung des Kontinents abhing.

„Wie wir Deutschen in diese Einigung Europas hineingehen, geteilt oder geeinigt, das ist gar nicht so wichtig. Und auch der Name, den man der Form der Einigung gibt, ist nicht von Belang. Wenn man nur überhaupt in die europäische Einigung hineingeht, dann wird das andere ganz von selbst kommen. [...] Weil ich davon überzeugt bin, das es so ist, habe ich den leidenschaftlichen Wunsch, daß wir Deutschen, wenn wir für unsere eigene Einigung arbeiten, die Form unserer Einigung so wählen, daß wir mit der Form unserer Einheit bereits den Weg ebnen, der die Einigung Europas bringen muß.“[3]

(Heile 1947, Eutiner Rede, 31).

Damit drehte er den Spieß um: nicht die Nationalstaaten entscheiden das Aussehen der europäischen Vereinigung, sondern das geeinte Europa bestimmt das Aussehen seiner Länder. Radikal wirkt seine Vorstellung von einer sehr lockeren deutschen staatlichen Struktur bis hin zum Verzicht auf formelle, einheitliche Staatlichkeit. Stattdessen böte die europäische Integration einen Rahmen für eine emotionale deutsche Zusammengehörigkeit. Die Rede auf dem Eutiner Gründungskongress der Europa-Union im Juni 1947 – für Heile seine wichtigste proeuropäische Nachkriegsrede – steht im Ausklang der Idee der Nachkriegs-Europabewegung, die „Stunde Null“ auf dem Kontinent könnte die Reste der kollabierten Nationalstaaten aus dem Nichts in die Vereinigten Staaten von Europa überführen. Allerdings etablierten sich die Nationalstaaten direkt nach dem Krieg neu und in Deutschland entstanden gerade gleich

zwei Staaten als Ausdruck der Ost-West-Konfrontation. Heile visionierte eine Lösung der sich manifestierenden Blockbildung durch globale Kooperation – beginnend in Europa. Europa als dritte Kraft war in der Frühphase des Kalten Krieges das Leitbild vieler Proeuropäer (Lipgens 1977, 263-293)[4]. Für Heile stellten seine Pläne aber vor allem die Fortsetzung seiner Bestrebungen aus der Weimarer Zeit dar.

Als Stellvertreter Friedrich Naumanns beteiligte sich Heile am 16. November 1918 an der Berliner Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und vertrat die linksliberale Partei als Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und dann, 1920 bis 1924, im Reichstag. Die Formulierung des föderalistischen Art.18 der Weimarer Verfassung geht maßgeblich auf ihn zurück. Mit der Forderung der Auflösung Preußens und Gründung eines Landes Niedersachsen setzte er seine antipreußische Einstellung fort (Holl 1974, 34)[5]. Als Mitglied des Reichstags arbeitete er unter anderem für die Revision der, von ihm als unnatürlich empfundenen, Teilung Österreichs von Deutschland (Heß 1977, 573)[6].

Internationale Kontakte knüpfte er, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag, als Schriftführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, deren Vorsitzender sein Fraktionskollege der Pazifist Walther Schücking war (Holl 1974, 35f.; Luckemeyer 1981, 100)[7]. Diese Tätigkeit stellte für ihn die Basis seines von nun an wichtigsten Anliegens dar, der Europapolitik. Bereits 1922 forderte Heile erstmals auf internationaler Bühne, während der ersten Nachkriegstagung der Interparlamentarischen Union 1922 in Wien, die Vereinigten Staaten von Europa[8]. Im Juli 1924 schloss er sich zusammen mit weiteren Politikern der DDP, SPD und des Zentrums, dem „Komitee für die Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ an (Holl 1974, 38f.).

Heile veröffentlichte seine Ideen 1923 in den (Heile 1926, X)[9] Schriften „Nationalstaat und Völkerbund“ und „Gedanken zu Deutschlands europäischer Sendung“ (vgl. Luckemeyer 1981, 98). Während Heiles Publikationen in der Öffentlichkeit relativ ungewürdigt blieben, weckte der Österreicher Graf Coudenhove-Kalergi mit seinem im selben Jahr in Wien und Leipzig verlegten Buch „Paneuropa“ (Coudenhove-Kalergi 1923)[10], lebhaftes öffentliches Interesse.

Heile sprach daraufhin Coudenhove auf eine gemeinsame Mitarbeit am Komitee für die Interessengemeinschaft an. Coudenhove lehnte ab. Er hielt eine von Deutschland aus eingeleitete Einigungsbewegung für wenig erfolgversprechend. Er sah außerdem die Finanzie-

rungsmöglichkeiten unter seiner aristokratischen Führung für gesichert, bei einer Linksausrichtung mit Heile aber als gefährdet an. Im Gegenzug bot Coudenhove Heile an, den Aufbau der von ihm gegründeten Paneuropabewegung als Generalsekretär in Deutschland voranzutreiben, sich darüber hinaus aber jeglicher internationaler Initiativen zu enthalten. Für Heile inakzeptabel (Holl 1974, 36f.).

Die durch den persönlichen Führungsanspruch beider ausgelöste Unvereinbarkeit, machte jede, zumeist von Heile initiierte, Fusionsanstrengung aussichtslos. Jede Aktion beider Verbände wurde stets mit dem Hintergedanken des Übertrumpfens der Konkurrenz geführt. In der Öffentlichkeit und beim Auswärtigen Amt musste dieser „intrigenreiche Kleinkrieg“ (ebd., 60ff.) lächerlich wirken. Der vordergründige Streit Heiles und Coudenhoves verdeckte die tatsächlichen inhaltlichen Unterschiede aber mehr als das er sie verdeutlichte. Während Heile eine integrative Form Europas anstrebte, die den einzelnen Gliedern, bis hin zu lokalen und regionalen Gruppen, durch Zusammenschluss größtmögliche Unabhängigkeit in der kulturellen und politischen Selbstverwirklichung ermöglichen sollte[11], war Coudenhoves Programm grundsätzlich auf die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der europäischen machtpolitischen Stellung in einer Welt von fünf machtpolitischen Blöcken ausgerichtet: Pan-Amerika, das britische Empire, das japanisch dominierte Ostasien sowie die Sowjetunion. Pan-Europa, als Erbe des karolingischen Reiches, konnte seiner Meinung nach seine Existenz gegenüber einer russisch-bolschewistischen Expansion sowie seine Weltgeltung im Konzert der Weltmächte nur durch einen Zusammenschluss bewerkstelligen.

Während kritische Beobachter, wie der Journalist Carl von Ossietzky[12], vor allem die aristokratisch kulissenhafte, auf politische Realisierung kaum abzielende Selbstinszenierung Coudenhoves[13] angriffen, monierte Heile in erster Linie die beabsichtigte Ausschließung Großbritanniens aus Europa (Heile 1929)[14]. Heile wies zunehmend energisch auf eine zwangsläufige Oppositionshaltung Großbritanniens zu einem derartigen, potentiell aggressiven, kontinentaleuropäischen Block hin, der zudem zwangsläufig einen deutsch-französischen Hegemoniestreit auslösen würde (Holl 1974, 45). In Churchills Züricher Rede des Jahres 1946 erkannte Heile später denselben Irrweg (vgl. im Anhang Rede Churchills).



Eröffnung der Berufspädagogischen Akademie in Hannover am 11. Sept. 1945. Von rechts: Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD), sein Stellvertreter Wilhelm Heile (F.D.P.), Kultusminister Adolf Grimme (SPD), Wirtschaftsminister Dr. Ernst Nölting (SPD)

Die Jahre bis 1928 waren für den Heile-Verband durch den Versuch geprägt, Mitglieder auch außerhalb der Parteien der Weimarer Koalition zu gewinnen. Damit sollte die zögerliche Unterstützung des Auswärtigen Amtes unter Stresemann positiv beeinflusst werden und mit den, überall in Europa gegründeten, Schwesterorganisationen, vor allem der französischen, gleichgezogen werden. Zahlreiche Namensänderungen sind Ausdruck dessen und mündeten schließlich durch die Fusion mit dem „Europäischen Zollverein" in „Comité für europäische Verständigung". Dies ermöglichte am 24. November 1928 in Paris die Gründung der „Fédération des Comités Nationaux de Coopération Européenne" mit Heile als Generalsekretär neben dem Franzosen Jules Rais. Die Bedeutung der Föderation wurde bei den Versammlungen im November 1928 in Paris, im Februar 1929 in Brüssel, im Mai 1929 in Madrid und im Juni 1930 in Genf deutlich (vgl. Holl 1974, 76ff.).

Mit dem Tod Stresemanns fehlte auf deutscher Seite die offizielle Unterstützung der europapolitischen Tätigkeit Heiles. Während der Nazi-Herrschaft verfolgt[15], zog Heile schließlich zu Verwandten in die Gegend um Syke (Luckemeyer 1981, 110-115). Seine Kontakte ins europäische Ausland und innerhalb Deutschlands konnte Heile nicht aufrechterhalten. Von den Europa-Plänen der deutschen und internationalen Widerstandsgruppen (Lipgens 1968)[16] war er folglich abgeschnitten. Er übernahm aber sofort nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft lokale politische Funktionen und wurde im Mai 1945 durch die britische Besatzungsbehörde zum Landrat des Landkreises Grafschaft Hoya in Syke ernannt (Luckemeyer 1981, 117). Er gehörte auch dem drei Monate existierenden, von der Besatzungsverwaltung ernannten, Landtag Hannovers als Vorschlag der, von ihm mitbegründeten, Freien Demokratischen



Partei (FDP) an (ebd., 118ff.). Die Forderung nach einem starken Niedersachsen führte Heile schließlich, nach einem Streit mit der FDP-Parteiführung, zur konservativen, zunächst partikularistischen Niedersächsischen Landespartei (NLP). Nach ihrer Umbenennung in Deutsche Partei (DP) vertrat Heile sie im Landtag und im Parlamentarischen Rat in Bonn (ebd., 130ff.).

Die Gründung der Europa-Union steht im Kontext der Verdrängung Heiles aus der FDP. Letztlich wurde der am 25. November durch Heiles Mitstreiter Wilhelm Hermes[17] angestoßene und in Heiles Haus in Syke gefasste Gründungsentschluss durch die am 16. November vom FDP-Vorstand ausgesprochene Rücktrittsaufforderung vom Präsidium und Heiles Ausscheiden aus der Regierung in Hannover ausgelöst (Lipgens 1977, 418f.; Luckemeyer 1981, 124). Mit der Übernahme des Namens und der Organisationspapiere der schweizerischen „Europa-Union“, ab Frühjahr 1947 auch der Verteilung ihrer Lebensmittelhilfen (Lipgens 1977, 422), verbanden sich Heile und Hermes, denen vorläufig noch ihre Parteitätigkeit als Organisationsbasis diente[18], mit einem der größten proeuropäischen Verbände des Kontinents. Die Paneuropäer der Schweiz hatten sich 1933 von den Parteiplänen Coudenhoves abgewandt und zusammen mit anderen den neuen Verband gegründet, der zu einem Fluchtziel vieler deutscher Proeuropäer wurde. Der deutsche Emigrant Heinrich Georg Ritzel[19], der vor 1933 mit Heile in Verbindung gestanden hatte und den Nachkriegskontakt zu Hermes herstellte, wurde ihr Generalsekretär[20].

Als sich am 9. Dezember 1946 der Gründungsausschuss, bestehend aus fünf Freidemokraten aller drei Flächenländer der britischen Besatzungszone und zwei bereits hauptamtlichen Geschäftsführern, konstituierte[21], hatte Hermes bereits anderen proeuropäischen Gründungen mitgeteilt, die deutsche Sektion der Europäischen Bewegung sei die Europa-Union. Die Gründung der deutschen Europa-Union war somit kein Zusammenschluss bereits bestehender Gruppen, erfolgte aber als einzige[22] in Kenntnis der bestehenden Gruppen und in der Absicht, deren Dachverband zu bilden. Zumindest aber sollte der Verband, wie Hermes gegenüber Heile erstmals am 5. Dezember feststellte[23], bei einer Fusion die größte und damit bestimmende der bereits existierenden Organisationen sein. Da auch andere, wie die Hamburger Paneuropäer und die Stuttgarter Europäische Aktion (Lipgens 1977, 389-402, 414-417), denselben Anspruch verteidigten, kam es zu einer das ganze Jahr 1947 andauernden, lähmenden Blockade der deutschen Gruppen[24].

Erst im März 1947 gab sich die Europa-Union Deutschland ein eigenes, von Heile verfasstes Programm. Die sogenannten „Richt-



Das Hertensteiner Kreuz – Erstes Symbol der Europäischen Föderalisten

linien“ wurden, ergänzend zum weiterhin gültigen „Hertensteiner Programm“ (vgl. im Anhang)[25], im 14-tägigen „Informationsdienst“ an alle Mitglieder in einer Auflage von 10.000 Stück vertrieben. Inhaltlich waren sie von Heiles antiquiertem Stil sowie einer möglichst breite politische Kreise ansprechenden Unschärfe geprägt und dadurch, im Vergleich zu den Organisationspapieren anderer Gruppen, eher etwas dürftig. Hinzu kam, dass Heile es vernünftigerweise für verfrüht hielt, „Einzelheiten der Verfassung des europäischen Staatenbundes schon heute formulieren zu wollen“ (BA NL Heile, Bd.98).

Heile versuchte durch direkte Ansprache der anderen Parteiführungen, ähnlich den Versuchen in der Weimarer Republik, die politische Basis der Bewegung zu verbreitern[26]. Trotz außenpolitischer Zurückhaltung der Parteileitungen beteiligten sich ab März/April 1947, also nach Ausscheiden Heiles aus der FDP, prominente SPD- und CDU-Politiker[27]. Um das von Hermes vorgegebene Ziel zu erreichen, die mitgliederstärkste der deutschen Gruppen zu werden, ging die Europa-Union seit dem Frühjahr 1947 dazu über, durch öffentliche Kundgebungen, so in Duisburg am 27. April und am 1. Mai in Kiel (Lipgens 1977, 431), mit Heile als Hauptredner Mitglieder zu werben. Im Zentrum seiner Reden stand, neben einer allgemeinen Förderung des Europa-Gedankens, eine unbedingt zu erhaltende pazifistische, da entmilitarisierte Rolle Deutschlands im Einigungsprozess.

Im teilweise chaotischen Einigungsprozess der frühen proeuropäischen Verbände der Bundesrepublik verlor Heile alsbald seine führende Stellung und geriet, anders als sein Konkurrent Coudenhove, in Vergessenheit. Seit dem Frühjahr 1949 verzichtete der inzwischen auf seine politische Umwelt starrsinnig wirkende Heile (Spiegel 20/1949, 4f.) sukzessive auf Landratsamt, Bundestagskandidatur und erneute Kandidatur zur niedersächsischen Landtagswahl 1951 und ließ schließlich auch seine Parteiaktivitäten ruhen. Wilhelm Heile verstarb am 17. August 1969, fast 88-jährig, zu Hause bei der Familie seines Sohnes Dirk Heile in Harpstedt (Luckemeyer 1981, 154ff.).

Anmerkungen

1 Dieser Aufsatz beruht auf Behne, Markus W. 2008, „Völker Europas vereinigt euch“, in: Schröder, Adolf (Hg.), „Völker Europas, findet euch selbst!“ - Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland, Oldenburg: BIS-Verlag, S. 115 - 232.

2 Dohnanyi, Klaus von 25.09.2006 . 08:20 Uhr, Ein starkes Europa bauen. (www.dradio.de/dlf/sendung/schwarzrotgold/545892/ letzter Zugriff: 6.10.2006)

3 Die Eutiner Rede wird im Rahmen der Gesamtdarstellung (siehe Anm.1) erstmals veröffentlicht. BA NL (Bundesarchiv, Nachlass) Heile, Bd. 121.

4 Lipgens, Walter 1977, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik: 1945 - 1950, Bd. I (1945 - 1947), Stuttgart.

5 Holl, Karl 1974, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift Nr. 219, 33-94.

6 Heß, Jürgen C. 1977, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: Historische Zeitschrift, Nr. 225, 572 - 622.

7 Luckemeyer, Ludwig 1981, Wilhelm Heile: 1881 - 1981. Föderativer Rebell in DDP u. FDP u. 1. liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland, Wiesbaden.

8 Zahlreiche Artikel und Veröffentlichungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts führten diesen Begriff im Titel, als erstes erschien unregelmäßig seit einer Genfer Friedenskonferenz 1867 eine kleine Zeitschrift unter dem Titel „Les États-Unis d´Europe“, Pegg, Carl H. 1962, Der Gedanke der europäischen Einigung während des Ersten Weltkrieges und zu Beginn der zwanziger Jahre, in: Europa-Archiv, Folge 21, 749-758, hier 750.

9 Heile, Wilhelm 1926, Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt. Mit Bezug zum Locarno-Vertrag zusammengefügt.

10 Coudenhove-Kalergi 1923, Paneuropa, Wien, Leipzig.

11 Heile ging als einer der radikalsten Aktivisten in der deutschen Antwort auf einen Fragebogen der Komitees, zugleich die letzte große Aktion des Heile-Verbandes, so weit, einen europäischen Bundesstaat als Fernziel und einen Staatenbund als Nahziel zu bezeichnen (Holl 1974, 87f.).

12 Hrsg. d. Weltbühne, Friedensnobelpreisträger, Nazi-Opfer. Vgl. Grozny, Willi (Hrsg.) 1989, Deutsches Biographisches Archiv. Neue Folge bis Mitte des 20. Jahrhunderts, München. (Microfiche-Edition)

13 Während Ossietzky 1926 noch Sympathien (Die Weltbühne v.10.8.: „Zum 11. August" in: ders. 1994, Bd.III, Nr.655, Z.146ff.) zum Ausdruck brachte und nur feststellte: „Coudenhoves Manko: er kreiert eine Intellektuellenbewegung ohne Volk. Er nimmt Unterschriften prominenter Politiker, einem jungen, eleganten Aristokraten gern gegeben, schon für Tat. [...] Coudenhove selbst ist zu coulant und zu früh berauscht von den schnellen Erfolgen nicht seiner Politik, sondern seiner Persönlichkeit.", griff er Coudenhove 1930 (Die Weltbühne v.27.5., „Coudenhove und Briand", in: ders.1994, Bd.V,Nr.927 passim) mit unmissverständlicher Schärfe an: „Coudenhove- Kalergi hat eine entwicklungsfähige Idee gehabt, und er hat sie ruiniert, in dem er sie zu einer Angelegenheit der Salons verkommen ließ."

14 Heile, Wilhelm (1929), England, Rußland und der Anschluß, in: Österreich-Deutschland, Jg. 6, H.3, 1f.

15 Mindestens zweimal Verhöre und Folterungen in Gestapo-Haft, vgl. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus 1991, 482.

16 Lipgens, Walter (Hg.) 1968, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940 - 1945, eine Dokumentation, München. (Schrift des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 29).

17 Vgl. zu Hermes Spiegel 9/1948, 4f.

18 Gründungsmitglieder waren ausnahmslos FDP-Mitglieder, Hermes` Generalsekretariat in Mönchen-Gladbach diente als Zentralbüro, das Konto der Partei zunächst als Verbandskonto, auf das Hermes und Möller, Organisationsleiter in Schleswig-Holstein, bereits um den 27. November 20.000,- RM überwiesen (Hermes an Möller am 27.11.1946, in: BA NL Heile, Bd.73).

19 1930 - 1933 MdR der SPD, als Funktionär des Völkerbunds und in zahlreichen internationalistischen Tätigkeiten, 1949-1965 MdB (Grozny 1989).

20 Lipgens 1977, 119ff. Für einen Kontakt zu Heile im November 1945, vor seinem Treffen mit Hermes im Mai 1946 (ders. 417f.), den Koppe (Karlheinz 1967, Das grüne E setzt sich durch. 20 Jahre Europa Union Deutschland, 13) angibt, fehlt ein Beleg; (vgl. Lipgens 1977, 420 Anm.185).

21 Dies waren neben Heile und Hermes noch Wilhelm Hellwig / Düsseldorf, Dr. Walter Hasemann (ab 1946 Vorsitz. d. FDP Hannover u. Mitglied d.Parteivorstands f. d. Brit. Besatzungszone, 1949-1953 MdB f. d. FDP, Grozny 1989) / Hannover und der verhinderte Nicolaus Möller / Meldorf sowie Fr. Drasdo und E. Rütten (Lipgens 1977, 419f.).

22 Während Lipgens (1977, 420 Anm.280) nicht richtig feststellt: „es war eine der vielen, aus Informationsmangel lokalen Neugründungen durch Einzelpersonen, wie alle andern skizzierten Gründungen auch.", führt er S.427 richtig aus: „Die anfängliche Vielzahl und lokale Zersplitterung war ja (außer im Falle von Hermes) nicht gewollt, [...]".

23 Hermes erstmals an Heile am 5. Dezember 1946 (BA NL Heile, Bd.73), bis Mitte 1947 öfter erklärt (Lipgens 1977, 423).

24 Vgl. Hermes am 30.12.1946 an Heile, der von der Hamburger Pan-Europa-Union zum Ehrenmitglied ernannt worden war, um ihn von der Europa-Union zu entfremden: „Ich habe jedoch diesmal nicht die Absicht, die Geschäftsführung aus der Hand zu geben und damit auf den Sitz des Zentralbüros in M.-Gladbach zu verzichten. [...] Wenn als dann das Stärkeverhältnis sich sehr deutlich zu unseren Gunsten verschoben hat, [muss es gelingen], dass Sie als Präsident und ich als Ihr Stellvertreter der Geschäftsführung und Organisation vorstehen." (BA NL Heile, Bd.73), vgl. Lipgens 1977, 414f., 390.

25 An der ersten Nachkriegstagung proeuropäischer Verbände konnte Heile nicht teilnehmen, unterstützte aber die Beschlüsse nachdrücklich.

26 Schreiben vom 30. Jan. 1947 an alle Parteileitungen, mit der Einladung, sich an einem Ehrenpräsidium der Europa-Union zu beteiligen, sowie das negative Antwortschreiben Adenauers vom 17. Feb. 1947 (BA NL Heile, Bd.73).

27 Darunter der bekannte CDU-Politiker und Mönchen-Gladbacher Oberbürgermeister Wilhelm Elfes und der bekannte SPD-Politiker und mehrmalige bayrische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (Lipgens 1977, 424 Anm. 296).

Meilensteine aus der Geschichte der Europa-Union

15.-22.09.1946
In der Schweiz zusammengekommene Europäische Föderalisten verabschieden das Hertensteiner Programm zur föderalen Einigung Europas.

09.12.1946
Gründung der Europa-Union Deutschland (EUD) in Syke. Politisches Gründungsdokument wird das Hertensteiner Programm. Wilhelm Heile wird Vorsitzender.

17.12.1946
Gründung der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Paris

21.-23.06.1947
Erster Kongress der EUD in Eutin: Verschiedene föderalistische Gruppen, vorwiegend aus der britischen Besatzungszone, schließen sich zusammen.

20.11.1947
Die Europa-Union wird Mitglied der UEF.



01.04.1949
Auf Initiative von EUD-Präsident Eugen Kogon tritt ein Ausschuss zur Gründung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zusammen, der sich am 13.6.1949 in Wiesbaden konstituiert. Kogon wird Vorsitzender des Exekutivbüros.

19.-22.05.1949
1. Ordentlicher Kongress in Hamburg unter dem Motto „Europäer aller Länder vereinigt Euch!“: Die Vereinigung aller föderalistischen Verbände in Deutschland wird abgeschlossen. Der Kongress spricht sich gegen eine Neutralität Deutschlands und für die Bildung einer Europäischen Föderation aus. Eugen Kogon wird zum Präsidenten gewählt.

02.-04.09.1949
Gründung des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) auf der Wachenburg bei Weinheim

06.08.1950
300 junge Europäer, vorwiegend aus französischen und deutschen Europaverbänden, verbrennen die Grenzpfähle in St. Germanshof bei Weißenburg und fordern ein Europäisches Parlament und eine Europäische Regierung.

24.11.1950
5.000 Jugendliche aus vielen Ländern überschreiten die Grenzen ohne Pass und Visum und erneuern ihre Forderung nach einem vereinten Europa in einer Demonstration vor dem Europarat in Straßburg.

16.-18.11.1951
Zentrale Forderung der Hauptresolution des 3. Kongresses in Frankfurt/Main ist die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

1951-1952
Mit der Wanderausstellung „Europa ruft“ informiert die Europa-Union in 100 Städten Westdeutschlands über ihre Ziele und die Bedeutung der europäischen Einigung.



30.04.1953
Im Rahmen der Aktion „Europäischer Bundespakt“ sammelt die EUD unter dem Motto „Feldzug der Europäer“ fast 1,65 Mio. Unterschriften.

29.-31.10.1954
Ernst Friedländer wird auf dem 7. Kongress in Hannover zum Präsidenten gewählt.

25.-27.11.1955
In Berlin verabschiedet der 8. Kongress einen von Ernst Friedländer entworfenen Deutschland-Plan, der die deutsche Vereinigung im Rahmen der Europäischen Integration vorsieht.

09.-11.11.1956
Unter dem Motto „Europa – jetzt erst recht!“ fordert der 9. Kongress in Augsburg angesichts der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch die UdSSR die Verstärkung der Bemühungen um den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa.

17.-19.01.1958
Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim wird auf dem 10. Kongress in Bremen zum Präsidenten gewählt.



25.04.1959
Die EUD gründet das Bildungswerk Europäischer Politik zur Unterstützung ihrer Bildungsaufgaben (1964 Umbenennung in Institut für Europäische Politik).

01.-03.10.1959
Der 11. Kongress in Dortmund fordert die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Fusion der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und EAG sowie eine ständige Konferenz der Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten. Erstmals in der EUD-Geschichte werden ausführliche sozialpolitische Leitlinien beschlossen, die u. a. die Forderung nach Vollbeschäftigung enthalten.

11.12.1959
Die EUD gründet den Europa Union Verlag als zukünftigen Träger ihrer publizistischen Arbeiten.

26.-28.05.1961
In Kiel begrüßt der 12. Kongress die Fortschritte der wirtschaftlichen Integration und versucht, zu den unterschiedlichen Auffassungen über die politische Integration Kompromisse zu finden.

22./23.10.1962
Der 13. Kongress in Bad Godesberg verabschiedet unter dem Motto „Vom gemeinsamen Markt zur politischen Gemeinschaft“ ein Memorandum zur Politischen Union Europas. Es enthält auch eine klare Bejahung einer abgestuften Integration, falls anders ein europäischer Fortschritt nicht möglich sei.

28.06.1963
Das EUD-Präsidium beschließt eine Erklärung zur Europäischen Verteidigung.

12.-14.04.1964
Unter dem Motto „Handelt für Europa!“ verabschiedet der 14. Kongress in Frankfurt/Main zwölf Thesen für Europa, in denen eine „energische, konsequente und vorbehaltlose Erfüllung der Römischen Verträge“ gefordert wird.

20.10.1965
In Bad Godesberg setzt Bundespräsident Heinrich Lübke den Startschuss für die Europa-Aktion 65 der Europa-Union. Innerhalb von zehn Tagen finden über 1.500 Veranstaltungen statt.

20.-22.11.1966
Der 16. Kongress in Baden-Baden unter dem Motto „Wege nach Gesamteuropa“ fordert die Bundesregierung auf, in der Ostpolitik neue Wege zu gehen, u. a. durch Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens, Aussöhnung mit Polen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten.

13.-15.05.1967
Gemeinsame Grenzaktion der Europäischen Föderalisten an 64 europäischen Grenzstationen mit dem Slogan „Alle Europäer wollen Reisen ohne Grenzkontrollen!“



01.-03.06.1968
„Eine Währung für Europa“ fordern die föderalistischen Verbände mit einer gemeinsamen europaweiten Aktion an 43 Grenzübergangsstellen.

24.-26.05.1969
„Europas Regierungen haben versagt“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 43 Grenzübergangsstellen.

23.-25.11.1969
Der 18. Kongress in Saarbrücken fordert unter dem Motto „Appell zu einem neuen Aufbruch“ den weiteren Ausbau, die Erweiterung und Vertiefung der EG und die Direktwahl des Europaparlaments.

16.-18.05.1970
„Europa ist für alle da“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 30 Grenzübergangsstellen.

11.-13.09.1971
Der 19. Kongress verabschiedet in Bad Godesberg einen Stufenplan zur Errichtung eines Europäischen Bundesstaats. Nachdrücklich gefordert wird das Ende der Diskriminierung von Gastarbeitern und ihre gleichberechtigte Eingliederung als Europäische Bürger.

18.-20.05.1973
Der 20. Kongress verabschiedet die Berliner Erklärung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Theo M. Loch wird neuer Präsident.



21.-23.11.1975
Der 22. Kongress in Bad Godesberg fordert die Durchführung der Direktwahl des EP bis 1978, den Ausbau der Europäischen Bürgerrechte und eine Europäische Verfassung für eine Europäische Union.

31.03.-01.04.1978
Präsidium und Hauptausschuss beschließen eine Europawahl-Informationskampagne, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

25.-27.06.1978
Auf dem 24. Kongress wird das Kieler Programm für Europa verabschiedet. Es fordert einen nachhaltigen föderalen Aufbau Europas und eine starke Beteiligung der Bürger. Erster Schritt sei die Direktwahl des EP. Ziel ist der Europäische Bundesstaat.

13.11.1978
Nachdem in zahlreichen Bundesländern und Landkreisen auf Anregung der EUD Di-

rektwahlkomitees zur Unterstützung der 1. Europawahl gegründet wurden, konstituiert sich in Bad Godesberg unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Walter Scheel das „Bundeskomitee Europawahl".

05.-07.12.1980



Der 26. Kongress in München wählt Altbundespräsident Walter Scheel zum Präsidenten. Simone Veil, die erste Präsidentin des direkt gewählten Europäischen Parlaments, spricht zu den Delegierten.

07.-09.12.1984

Der 30. Kongress der EUD tagt in Köln gemeinsam mit dem 12. Kongress der UEF unter dem Motto „Die Europäische Union jetzt". Themen sind neben der Gründung der Europäischen Union die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamteuropäische Zusammenarbeit.

26.06.1988

Rund 5.000 Teilnehmer fordern die Vollendung des Binnenmarkts und die Gründung der Europäischen Union auf einer Kundgebung der EUD in Hannover.

13./14.10.1989

„Die Europäische Union schaffen – ganz Europa in Freiheit einigen". Unter diesem Motto steht der 35. Kongress, an dem neben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch sein ungarischer Kollege Gyula Horn teilnimmt, der einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Erlaubnis der Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD geleistet hat. Egon Klepsch wird neuer Präsident der Europa-Union.

März 1990 - März 1991

Gründung der Landesverbände Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt

25.-27.05.1990

Erstes Treffen der Mitglieder und Freunde der EUD aus der DDR im Europa-Haus Marienberg

12.11.1990

Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt das EUD-Präsidium zu einem umfassenden Meinungsaustausch.

08.-10.11.1991

Der 37. Kongress in Leipzig – der erste in einem der neuen Bundesländer – fordert zusätzliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer. Er beschließt Grundsätze für die zu schaffende Europäische Union wie ein demokratisches Regierungssystem mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die unverzügliche Errichtung der vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Reform der Verträge, um die EG erweiterungsfähig zu machen.

20./21.11.1992

Erstmals tritt ein EUD-Kongress außerhalb Deutschlands zusammen. „Ja zu Maastricht – Für ein bürgernahes Europa" ist das Motto des 38. Kongresses in Straßburg im Palais de l'Europe.

05./06.11.1993

Bundeskanzler Kohl spricht auf dem 39. Kongress in Mannheim. Er bekräftigt die konsequente Fortführung der Europäischen Integration.

04./05.11.1994

Unter dem Motto „Europa bürgernah gestalten" beschließt der 40. Kongress in Bremen die Ausarbeitung einer Charta der Europäischen Identität. Eine einjährige Verbandsdebatte unter Beteiligung aller EUD-Landesverbände und befreundeter Organisationen beginnt.

27./28.10.1995

Die Charta der Europäischen Identität wird vom 41. Kongress in Lübeck verabschiedet. Zudem beschließt der Kongress Forderungen an die Reformkonferenz 1996.

04.05.1996
EUD und Europäische Bewegung eröffnen in Frankfurt/Main ihre gemeinsame Informationskampagne zur Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Motto „Der Euro kommt“ organisieren die Europa-Union-Verbände bis 2001 bundesweit mehrere Hundert Aktionen und Informationsveranstaltungen.



20.06.1996
Das Generalsekretariat der EUD veröffentlicht die Charta der Europäischen Identität in fünf Sprachen.



22.06.1996
12.000 Europäische Föderalisten demonstrieren anlässlich des EU-Gipfels in Florenz mit der Forderung „Europäische Föderation – Jetzt!“.

November 1996
Zusammenführung der JEF und der Jungen Europäer zum einheitlichen EUD-Jugendverband

19.10.1997
Der 43. Kongress wählt in Worms Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten.

Mai 1998
Start der transnationalen Kampagne der UEF für eine Europäische Verfassung, die in Deutschland von der EUD umgesetzt wird.

13./14.11.1998
Der 44. Kongress in Münster steht im Zeichen der 350-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens. Redner sind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann, EKD-Vorsitzender Präses Manfred Kock und Iganz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden.

27.11.1999
Elmar Brok wird auf dem 45. Kongress in Weimar neuer Präsident.

7./8.12.2000
Demonstration der Europäischen Föderalisten unter Beteiligung der EUD anlässlich des EU-Gipfels in Nizza



15.-17.06.2001
Europaaktion unter dem Motto „Die Botschaft der Europäischen Föderalisten an den Europäischen Rat bringen“: EUD und JEF appellieren anlässlich des EU-Gipfels in Schweden an die Staats- und Regierungschefs, das europäische Schiff auf richtigem Kurs zu halten – im wörtlichen Sinne: Nach dem Tagungsauftakt in Kiel gehen 200 Europafreunde und -freundinnen an Bord der Stena-Scandinavica nach Göteborg, um dort Flagge zu zeigen.

11.-13.10.2002
Start der Reihe „Wege nach Europa“, die von Lübeck nach Kopenhagen und Malmö führt. 2003 geht es nach Graz, Maribor und Ljubljana. 2004 sind Bratislava und 2005 Kaliningrad das Ziel. 2006 führen die „Wege nach Europa“ zurück zu den Wurzeln der Europäischen Föderalistischen Bewegung – nach Zürich und Hertenstein.

2004
In Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung startet das mehrjährige Bildungsprogramm „In Europa für Europa“ für Stipendiaten aus MOE-Ländern.

Die EUD geht online mit einer Homepage.

August 2005
Umzug des EUD-Generalsekretariats von Bonn nach Berlin

2006
Start der mehrjährigen Kampagne „Europa nützt uns“. EUD und Europäische Bewegung geben gemeinsam die Studie „Die EU im vitalen Interesse Deutschlands“ heraus. Ab 2007 wird die bundesweite Veranstaltungsreihe „Speak up Europe – Menschen bilden Europa“ gemeinsam mit den Landes- und Kreisverbänden organisiert.

10.12.2006
Peter Altmaier wird auf dem 52. Bundeskongress in Bremen zum neuen Präsidenten gewählt.

13.12.2006
Erster Europäischer Abend in Berlin. Die gemeinsame Reihe mit dem dbb beamtenbund und tarifunion entwickelt sich zu einer erfolgreichen Veranstaltungsmarke am Politikplatz Berlin. 2026 feiert die Reihe ihr 20-jähriges Bestehen.

2007
Kampagne für ein europaweites Referendum für eine Europäische Verfassung

14.06.2007
Gründung der Europa-Union Brüssel als erster EUD-Auslandsverband; 2017 folgte der Verband Luxemburg.

03.07.2007
Gründung der EUD-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

13.05.2009
Gründung der EUD-Hauptstadtgruppe Europa-Professionell

21.11.2010
Unter dem Motto „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ setzt der Erfurter Bundeskongress eine umfassende Verbandsdebatte zu einem neuen Grundsatzprogramm der EUD in Gang.

27.11.2011
Rainer Wieland wird auf dem 57. Bundeskongress in Berlin zum neuen Präsidenten gewählt.

2012
Start der Reihe bundesweiter EUD-Bürgerforen „Europa – Wege aus der Krise“

24.03.2012
EUD/JEF Aktion in Berlin „Ungarn muss Teil der Europäischen Wertegemeinschaft bleiben“



07.-09.09.2012
Erste EUD-Sommerakademie in Bremen

28.10.2012
Der 58. Bundeskongress beschließt im Landtag von NRW das neue Grundsatzprogramm der Europa-Union. Im Düsseldorfer Programm heißt es: „Unser Ziel ist der Europäische Bundesstaat".

2013
Start der mehrjährigen Informationskampagne „Europa mitbeStimmen". Bundesweit werden 183 Straßenaktionen organisiert.



2014
Der „Gedankengang zu Krieg und Frieden" läuft als bundesweite Straßenaktion über mehrere Monate bis 2015.

Herbst 2014
Start der bundesweiten EUD-Bürgerdialoge „Europa: Wir müssen reden". Die Veranstaltungsreihe findet in den Folgejahren zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten ihre Fortsetzung, ab 2020 auch im Online-Format, und feiert 2026 ihr 12-jähriges Bestehen.

12.02.2015
Neugründung des Landesverbandes Sachsen

18.10.2015
Gründung des kommunalen Netzwerks der EUD

16./17.04.2016
In Dresden setzt der 62. Bundeskongress mit seinem klaren Bekenntnis zu Europa ein Zeichen gegen die europa- und fremdenfeindliche Bewegung Pegida.

03.11.2016
Mit dem „Kölner Signal" des Präsidiums positioniert sich die EUD zur AfD: Demokratische Auseinandersetzung ja – Zusammenarbeit und Mitgliedschaft nein. Als „nationalistische, fremdenfeindliche und antieuropäische Partei" stehe die AfD gegen alles, wofür sich die EUD einsetzt.

2017
EUD/JEF-Aktion „Wir in Europa halten zusammen" gegen Fremdenfeindlichkeit und für Europa

25.03.2017
„March for Europe": Demos anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom und Berlin mit jeweils 6000 Teilnehmern



11./12.05.2018
„Suche Frieden… finde Europa“: EUD und JEF gestalten einen Europatag beim 101. Katholikentag in Münster als dessen erste nichtkatholische Kooperationspartner. Auch auf den Katholikentagen 2022 in Stuttgart, 2024 in Erfurt und 2026 in Würzburg präsentieren sich EUD und JEF mit Aktionsständen und organisieren ganztägige „Europacafés“ mit Diskussionsrunden zu europäischen Themen.

23.06.2018
„March for a new Europe“ in Berlin: Demonstration von EUD, JEF und Berliner Gruppen für die Erneuerung der Europäischen Union

2019
„Europa machen“: Europawahlkampagne von EUD und JEF mit bundesweit 700 Veranstaltungen und Maßnahmen



19.-22.06.2019
„Was für ein Vertrauen“: Mehrtägiges Aktions- und Informationsangebot von EUD und JEF beim 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund

23.06.2019
„Gemeinsam für den Frieden – Gemeinsam für Europa“: Taufe des von EUD und Volksbund Deutsche Kriegsgäberfürsorge gemeinsam gestalteten Heißluftballons in Kassel, der für fünf Jahre auf Fahrt geht für die gemeinsamen Ziele beider Verbände.



EuropaUnion Deutschland

2020
Die EUD erhält ein neues Gesicht: Einführung des neuen Logos und Corporate Designs, das vom Bundesausschuss 2019 beschlossen wurde.

#BesserZusammen: EUD/JEF-Kampagne zur Begleitung der Deutschen Ratspräsidentschaft



Ab April 2020
Pandemiebedingt stellt die EUD ihre Vereinstätigkeit auf digitale Formate um. Videokonferenzen und Online-Veranstaltungen ziehen in den Alltag des Verbandslebens ein.

01.07.2020
„Verbands:stoff“: Die Online-Akademie von EUD und JEF geht mit einem ersten Webinar an den Start. Bis 2026 werden 25 Online-Seminare für Ehrenamtliche zu unterschiedlichen Themen der Verbandsarbeit angeboten.

2021
Kampagne „Zukunft braucht Europa“: Die EUD begleitet die Konferenz zur Zukunft Europas mit inhaltlichen Stellungnahmen als politischer Akteur und trägt mit der Organisation von Bürgerdialogen dazu bei, die Themen der Zukunftskonferenz in die Breite der Bevölkerung zu tragen und die Menschen in die Debatte einzubinden.

2021
„Europa mitgedacht“: Bundestagswahlkampagne von EUD und JEF



13./14.11.2021
Der 64. Bundeskongress findet digital statt. Erstmals in der Geschichte der EUD tritt ein Kongress virtuell zusammen – mit Neuwahlen, Antragsdebatten und Beschlussfassungen.

2022
#NoVeto-Kampagne der EUD mit JEF Deutschland, Pulse of Europe und der Alliance4Europe in der heißen Phase der Konferenz zur Zukunft Europas, mit der die vollständige Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU gefordert wird. Die Forderung erreicht Platz 3 der am meisten unterstützten Ideen im Themenbereich „Demokratie in Europa“ auf der digitalen Konferenzplattform und wird in den Abschlussbericht der Konferenz aufgenommen .



8./9.10.2022
Unter dem Motto „Raus aus der Krise – nur mit Europa“ setzt der 65. Bundeskongress in Augsburg angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein klares Zeichen für Frieden und Zusammenhalt in Europa und bekundet seine Solidarität mit der Ukraine.

2023
Die EUD schließt sich der von der JEF Europe initiierten „EurHope“-Kampagne zu den Europawahlen 2024 an. Entwicklung gemeinsamer Konzepte und Formate mit der JEF Deutschland und anderen Partnern unter dem Slogan „Hoffnung statt Angst“

2024
Die EUD-Verbände und ihre Mitglieder beteiligen sich zahlreich an Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus und für die Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa.

Umsetzung der Europawahlkampagne „EurHope“ mit bundesweit 750 Veranstaltungen und einer umfassenden Social Media Kampagne. Im Rahmen der vielfältigen Aktivitäten von EUD- und JEF-Verbänden stehen Erstwählerinnen und -wähler im besonderen Fokus; entsprechende Schulprojekte finden auch im Jahr der Bundestagswahl 2025 ihre Fortsetzung.



02.03.2024
Der gemeinsame Bundesausschuss von EUD und JEF verabschiedet das Föderalistische Manifest zu den Europawahlen.

19./20.10.2024
Mit dem „Stuttgarter Signal“ stellt der 67. Bundeskongress die Unvereinbarkeit der Verbandsziele der EUD mit dem BSW fest. Zudem spricht sich der Kongress gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen aus und fordert in seinem Leitbeschluss u. a. die Stärkung europäischer Investitionen.

November 2024 – Februar 2025

„Deutschland wählt, Europa zählt“: Gemeinsame Kampagne von EUD und JEF zur vorgezogenen Bundestagswahl am 23.02.25. Die Botschaft: Die Bundestagswahl ist nicht nur eine nationale Wahl, sondern eine Richtungswahl für Europa. Die Bedeutung Europas für Deutschland und die Bedeutung der deutschen Politik für die EU wird in der Kürze der Zeit mit vielfältigen Aktionen vor Ort und in den Sozialen Medien sichtbar gemacht.

2025

Fragen der Resilienz unserer demokratischen Gesellschaften, der europäischen Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit sowie der verteidigungspolitischen und strategischen Souveränität Europas im Kontext aktueller Entwicklungen bestimmen die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der EUD.

11./12.10.2025

Andrea Wechsler wird vom 67. Bundeskongress in Chemnitz zur EUD-Präsidentin gewählt. Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze des Verbandes. Politisch positioniert sich der Verband für den Schutz des Schengenraumes und gegen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zwischen EU-Mitgliedstaaten. Der Kongress fordert zudem einen starken und zukunftsfesten EU-Haushalt und mehr Europaberichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

07.-09.05.2026

„9. Mai – Kein Feiertag, aber ein Grund zum Feiern“: Deutschlandweite Werbekampagne der EUD mit Unterstützung der Fa. Ströer zum 40. Jubiläum des Europatags. Unsere Motive erscheinen an drei Tagen im gesamten Bundesgebiet auf 8.349 digitalen Werbetafeln des Unternehmens.



24./25.10.2026

Unter dem Motto „Zukunft braucht Europa!“ befasst sich der 69. Bundeskongress in Königswinter im Jahr des 80. Gründungsjubiläums der EUD mit der Geschichte und den Zukunftsperspektiven des Verbandes. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und geopolitischen Verwerfungen tritt die EUD weiter beharrlich für ein unabhängiges, in Freiheit geeintes, wehrhaftes und friedliches Europa mit einer solidarischen europäischen Gesellschaft ein.

Hertensteiner Programm – 12 Thesen (1946)

1. Eine auf föderativer Grundlage errichtete, europäische Gemeinschaft ist ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil jeder wirklichen Weltunion.
2. Entsprechend den föderalistischen Grundsätzen, die den demokratischen Aufbau von unten nach oben verlangen, soll die europäische Völkergemeinschaft die Streitigkeiten, die zwischen ihren Mitgliedern entstehen könnten, selbst schlichten.
3. Die Europäische Union fügt sich in die Organisation der Vereinten Nationen ein und bildet eine regionale Körperschaft im Sinne des Artikels 52 der Charta.
4. Die Mitglieder der Europäischen Union übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation.
5. Die Europäische Union steht allen Völkern europäischer Wesensart, die ihre Grundsätze anerkennen, zum Beitritt offen.
6. Die Europäische Union setzt die Rechte und Pflichten ihrer Bürger in der Erklärung der Europäischen Bürgerrechte fest.
7. Diese Erklärung beruht auf der Achtung vor dem Menschen, in seiner Verantwortung gegenüber den verschiedenen Gemeinschaften, denen er angehört.
8. Die Europäische Union sorgt für den planmäßigen Wiederaufbau und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird.
9. Die Europäische Union richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.
10. Im Rahmen der Europäischen Union sind regionale Unterverbände, die auf freier Übereinkunft beruhen, zulässig und sogar wünschenswert.
11. Nur die Europäische Union wird in der Lage sein, die Unversehrtheit des Gebietes und die Bewahrung der Eigenart aller ihrer Völker, größer oder kleiner, zu sichern.
12. Durch den Beweis, dass es seine Schicksalsfragen im Geiste des Föderalismus selbst lösen kann, soll Europa einen Beitrag zum Wiederaufbau und zu einem Weltbund der Völker leisten.

Düsseldorfer Programm der Europa-Union (2012)

Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert – Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas gestalten gemeinsam unsere Zukunft. Die Gründergeneration hat Großes geleistet: Ihr verdanken wir die Versöhnung der Völker, die Überwindung der Grenzen, sozialen Zusammenhalt sowie wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung in Europa.

Heute ist die Europäische Union eine Werte- und Rechtsgemeinschaft mit eigenen Zuständigkeiten und handlungsfähigen politischen Institutionen. Die Perspektive der Mitgliedschaft stärkt in Staaten mit einer Beitrittsoption Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Aber die Einigung Europas ist noch nicht vollendet. Sie ist unverzichtbare Voraussetzung für die Gestaltung der Globalisierung. Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt es nur eine Antwort: Mehr Europa!

Wir, die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland, verstehen uns als die Vertretung der für Europa engagierten Bürgerinnen und Bürger. Durch unsere Arbeit vor Ort wollen wir die europäische Idee verbreiten. Wir setzen uns als deutsche Sektion der Union Europäischer Föderalisten zusammen mit unseren Partnern für die Vollendung der bundesstaatlichen Einigung Europas ein.

Europäische Föderalisten haben bereits 1946 ihre grundlegenden Ziele im Hertensteiner Programm niedergelegt. Mit dieser Erklärung ergänzt die Europa-Union Deutschland die dort niedergelegten Ziele:

1. Nur geeint sind wir stark.

Nur geeint sind die Staaten Europas in der Lage, Frieden und Freiheit, Stabilität, Wohlstand und soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, Demokratie und Menschenrechte zu garantieren und die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Die europäische Einigung kann Vorbild für die staatenübergreifende Zusammenarbeit in einer föderalen Weltordnung sein.

2. Ein europäischer Bundesstaat

Ziel der europäischen Einigung ist die Schaffung eines demokratisch-rechtsstaatlichen Bundesstaats auf der Grundlage einer Verfassung, die möglichst durch ein europaweit einheitliches Referendum bestätigt werden sollte. Der europäische Bundesstaat vertritt die gemeinsamen Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas und ihrer Mitgliedstaaten nach innen und außen. Er muss über die erforderlichen Handlungsmöglichkeiten verfügen. Hierzu

gehören auch ein entsprechend ausgestatteter Haushalt und eigene Steuereinnahmen. Der europäische Bundesstaat hat einen demokratischen Aufbau von unten nach oben. Die Aufgaben werden auf der Grundlage klar zugewiesener Kompetenzen nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips bürgernah und partnerschaftlich auf der kommunalen, regionalen, mitgliedstaatlichen und europäischen Ebene wahrgenommen.

3. Europa als Wertegemeinschaft

Der europäische Bundesstaat ist gegründet auf die in der Menschenrechtskonvention des Europarats und der Europäischen Charta der Grundrechte niedergelegten Werte, zu denen vor allem die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen gehören. Diese Werte sind Ziel und Maßstab seines politischen Handelns. Demokratie und Menschenrechte auf friedliche Weise zu fördern, verpflichtet die Europäische Union zu einer besonders engen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Welt, die ebenfalls friedlich für Demokratie und Menschenrechte eintreten.

4. Ein Europa der kulturellen Vielfalt

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt sind der Reichtum Europas; sie sind Quelle der europäischen Identität. Es ist Aufgabe des europäischen Bundesstaats, diese kulturelle Vielfalt zu schützen und zu fördern. Hierzu gehören auch die Begegnung und die Verständigung mit anderen Kulturen und Lebensverhältnissen und der Erwerb von Fremdsprachen.

5. Eine repräsentative Demokratie für Europa mit starker Bürgerbeteiligung

Der europäische Bundesstaat beruht auf der repräsentativen Demokratie mit Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung. Das Europäische Parlament wählt die europäische Regierung, deren Vorgängerin die Europäische Kommission ist. Es hat das Initiativrecht und beschließt gleichberechtigt mit einer Staatenkammer, dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze.

6. Ein Europa der Teilhabe und Transparenz

Der politische Entscheidungsprozess im europäischen Bundesstaat ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Transparenz und bietet allen Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung und Beteiligung. Die direkte Wahl des Europäischen Parlaments auf der Grundlage eines einheitlichen Wahlrechts ist Ausdruck des politischen Zusammenwachsens. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben im Wohnsitzland ein aktives und passives Wahlrecht auf allen politischen Ebenen.

7. Eine identitätsstiftende europäische Öffentlichkeit

Die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit ist unerlässlich für die Verwirklichung der europäischen Demokratie. Hierzu gehören eine umfassende europapolitische Berichterstattung sowie ein aktiver Dialog der europäischen Institutionen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger bringen sich dabei aktiv in dem Selbstverständnis ein, dass alle Souveränität letztlich von ihnen ausgeht. Auch die politischen Parteien leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie sich zu europäischen Parteien zusammenfinden, mit transnationalen Listen zu den Europawahlen antreten und Spitzenkandidaten und -kandidatinnen für die Europawahl vorschlagen.

8. Ein Europa der freien Entfaltung, der Solidarität und des Wohlstands

Das Handeln des europäischen Bundesstaats dient dem Wohl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell muss bewahrt und weiterentwickelt werden. Der europäische Bundesstaat und seine Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, in einem solidarischen Geist Gerechtigkeit, die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle zu schaffen. In seiner Politik fördert der europäische Bundesstaat den sozialen Ausgleich und orientiert sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Nicht alles muss dabei auf europäischer Ebene geregelt werden, aber sie muss den Rahmen schaffen und Mindeststandards setzen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau innerhalb des europäischen Bundesstaats ist eine wesentliche Voraussetzung für seinen Bestand.

9. Ein nachhaltiges Europa für die zukünftigen Generationen

Der europäische Bundesstaat trägt besondere Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie einen schonenden und effizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen in Europa und in der Welt. Der Rohstoff- und Energieabhängigkeit kann Europa am besten gemeinschaftlich begegnen. Hierzu gehört das Umsteuern hin zu einer nachhaltigen, auf erneuerbare Energiequellen gestützten Wirtschaft.

10. Eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Währungspolitik

Der Euro ist die gemeinsame Währung des europäischen Bundesstaats; für seine Stabilität ist die unabhängige Europäische Zentralbank verantwortlich. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten tragen durch eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik hierzu bei und setzen klare Regeln für die Finanzmärkte. Eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik bei effektiver Schuldentilgung und ein solidarisches Füreinander sind Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa und für eine starke Gemeinschaftswährung.

11. Eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik für den Frieden

Die Außenpolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist Angelegenheit des europäischen Bundesstaats, der seine Mitglieder mit Sitz und Stimme in allen internationalen Organisationen vertritt. Ziel der gemeinsamen Politik ist es, zu Frieden, Verwirklichung der Menschenrechte, Demokratie, Stabilität, zu einem verantwortlichen Umgang der Weltgemeinschaft mit natürlichen Ressourcen und der Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt beizutragen.

12. Ein offenes Europa

Der europäische Bundesstaat ist offen für alle europäischen Staaten, die die Beitrittskriterien erfüllen, sich zu seinen Zielen und Werten bekennen und ihnen dauerhaft Geltung verschaffen.

Föderalistisches Manifest (2025)

Europa ist heute so bedroht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr – politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch.

Wir, die überparteiliche Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland, wollen für einen neuen Aufbruch werben. Die europäische Einigung ist die wirksamste Antwort auf die Krisen, die unsere Gegenwart und Zukunft prägen. Viele unserer politischen und föderalistischen Forderungen waren visionär, manche sind inzwischen Realität, und alle sind aktueller denn je. Die Umsetzung unserer föderalistischen Ideen ist nicht nur richtig, sondern dringlich.

Wir setzen weiterhin auf die Europäische Idee. Dieses Manifest, das auf den Hertensteiner Thesen und dem Düsseldorfer Programm aufbaut, formuliert unsere überparteilichen Erwartungen an die Politikerinnen und Politiker, die in und für Europa Verantwortung tragen. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen bleibt wenig Zeit, Europa unabhängiger, handlungsfähiger und nachhaltig zukunftsfest zu machen. Wir beschreiben daher das Europa, für das in den kommenden Jahren die notwendigen Weichen zu stellen sind – erforderlichenfalls auch durch das mutige Vorangehen einer Gruppe entschlossener Mitgliedstaaten.

Demokratisches Europa

1. Unser Europa ist demokratisch, rechtsstaatlich und pluralistisch! Unser Ziel ist und bleibt der europäische Bundesstaat, ein föderal und subsidiär organisiertes Europa der Bürgerinnen und Bürger.
2. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen immer wieder aufs Neue bejaht und entschieden nach innen wie nach außen verteidigt werden! Sie sind nicht selbstverständlich. Deshalb muss Europa seine Institutionen und die Instrumente zur Bewahrung und inneren Durchsetzung seiner freiheitlichen Ordnung stärken. Dazu gehören bei Verstößen gegen die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch effektive Sanktionsmechanismen. Daneben gilt es illegitime Einflussnahme durch Transparenz, unabhängige Kontrolle und wirksame Anti-Korruptionsregeln zu unterbinden.
3. Das Europäische Parlament braucht ein Initiativrecht! Ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit einem europaweiten Wahlalter ab 16 und mit einer Erststimme für nationale und regionale Kandidaturen sowie einer Zweitstimme für Listen europäischer Parteien stärkt die repräsentative Demokratie. Eine bessere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Europa ist wichtig!

4. Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern, deshalb müssen sie auch an Entscheidungsprozessen wirksam und nachhaltig beteiligt werden. Die organisierte Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Verbänden und Vereinen, insbesondere auch Jugendverbänden, ist Expertin der Themen, für die sie sich stark macht, und sollte auch als solche geachtet werden. Um ihrem wertvollen Beitrag für zentrale Zukunftsthemen gerecht zu werden, sollte sie in einen strukturierten Dialog im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen und darüber hinaus im Sinne einer partizipativen und deliberativen Demokratie und einer Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative eingebunden werden.

5. Die Einstimmigkeitsregel muss in allen Politikbereichen durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden! Wir wollen, dass auch über Erweiterungen und Vertragsänderungen mit qualifizierten Mehrheiten beziehungsweise per europaweiten Referenden entschieden wird, für die jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger eine gleichwertige Stimme hat.

6. Das Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger beschließt gleichberechtigt mit dem Rat über Einnahmen und Ausgaben sowie über alle europäischen Gesetze. Die EU-Kommission wird zu einer Regierung, die vom Parlament vorgeschlagen und vom Rat bestätigt wird.

7. Die Bewahrung und Wiederherstellung von Medienfreiheit und Medienvielfalt, wo nötig durch Zerschlagung von Monopolen, und ein entschlossener Kampf gegen Desinformation sind von strategischer Bedeutung für die Zukunft der Demokratie in Europa. Europa braucht eine starke gemeinsame Medienaufsicht, vielfältige private Medienangebote, die sich nicht in einigen wenigen Händen konzentrieren, und vollständig unabhängige, überparteiliche öffentlich-rechtliche Medien. Mehr transnationale Medienangebote stärken europaweite Diskurse und damit die europäische Öffentlichkeit.

8. Jede Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger! Politische Bildung und Europabildung sowohl im formalen Schul- und Erwachsenenbereich als auch durch non-formale Bildungsangebote sind wirksame Mittel für ein demokratisches Bewusstsein und gegen Desinformation. Die EU muss Mindeststandards für politische Bildung in den Lehrplänen auf allen Ebenen und in allen Schultypen setzen, europaweite Austausch-

programme und Demokratieförderprogramme verstärken sowie für die europaweite Anerkennung von Bildungsleistungen sorgen.

9. Junge Menschen übernehmen schon heute Verantwortung für die Zukunft Europas. Jugendverbände geben ihnen als Werkstätten der Demokratie den Raum, ihre Wünsche und Kritik zu artikulieren. Zur Berücksichtigung ihrer Interessen braucht es eine wirksame und transparente Beteiligung an politischen Prozessen sowie eine strukturelle Förderung und bedarfsgerechte Finanzierung ihrer Aktivitäten. Bereits bestehende Bildungs- und Jugendförderprogramme sowie Beteiligungsstrategien müssen gestärkt werden.

10. Alle Staaten Europas, die sich zu den europäischen Werten bekennen und den europäischen Rechtsbestand übernehmen, haben einen Beitrittsanspruch zur Europäischen Union. Gleichzeitig muss die EU handlungsfähig bleiben. Deshalb unterstützen wir die Vorschläge des Europäischen Parlaments für eine Vertragsreform und fordern die zeitnahe Einsetzung eines Europäischen Konvents.

11. Wir bekennen uns zum kulturellen Erbe Europas, insbesondere der Aufklärung und des Humanismus. Unser Europa ist und bleibt in Vielfalt vereint! Wir lehnen jegliche Formen von Diskriminierung ab. Die weitere Inklusion marginalisierter Gruppen am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben bleibt von herausragender Bedeutung für eine friedliche, demokratische und föderale Integration unseres Kontinents. Dazu gehört die volle Gleichstellung der Geschlechter. Ebenso gilt das für eine konsequente Einbindung junger Menschen in politische Entscheidungen und eine Priorisierung ihrer Anliegen.

Handlungsfähiges Europa

12. Europa ist nach den Weltkriegen als Friedensmacht entstanden. Die europäische Friedensidee muss Kern der europäischen Identität bleiben und verteidigt werden. Der Sicherheitsbegriff Europas beschränkt sich nicht auf die militärische Dimension. Er umfasst die sozialen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und versteht sich als gesellschaftliche und soziale Verantwortung, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Ein handlungsfähiges Europa stärkt die regelbasierte multilaterale Ordnung!

13. Eine faire Handelspolitik und regelbasierte Außenpolitik sind Teil eines umfassenden europäischen Sicherheitskonzepts, das die EU konsequent weiterentwickelt. Europa bekennt sich zu den Zielen der Vereinten Nationen – „weltweiter Frieden, Sicherheit und Abrüstung, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, Förderung der Menschenrechte durch internationale Zusammenarbeit“ – und dient deren Verwirklichung.

14. Die Europäische Union benötigt aufgrund des demographischen Wandels eine geregelte legale Zuwanderung. Sie muss politisch Verfolgten und anerkannten Geflüchteten eine gesicherte Aufnahme bieten. Die EU braucht daher eine gemeinsame, solidarische und menschenrechtskonforme Migrationspolitik, die Asyl, internationalen Schutz, gezielte Arbeitsmigration und Integration regelt und durch internationale Zusammenarbeit aktiv zur Bekämpfung von Fluchtursachen beiträgt und damit der großen Mehrheit der Geflüchteten hilft, die innerhalb ihrer Herkunfts- und in Nachbarländer fliehen.

15. Nationalismus bedeutet Krieg, europäischer Föderalismus sichert den Frieden! Deshalb setzen wir uns für eine Europäische Verteidigungsunion und eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses ein. Ziel ist, Angriffskriege in oder von Europa ausgehend unmöglich zu machen, potenzielle Aggressoren abzuschrecken und zu Frieden und Stabilität in Europas Nachbarschaft beizutragen.

16. Die Verteidigungsunion verfügt über eine europäische Armee, die vom Parlament kontrolliert wird. Zu ihrer Verwirklichung muss die kostspielige und ineffektive Fragmentierung der europäischen Verteidigungssysteme überwunden werden. Eine gemeinsame europäische Beschaffungspolitik sorgt für die erforderlichen Synergieeffekte und bereitet den Weg zur europäischen Verteidigungsunion. Wir fordern die Schaffung des Amtes einer Kommissarin oder eines Kommissars für Verteidigung.

Nachhaltiges Europa

17. Das Europa, das wir wollen, ist nachhaltig! Wir verstehen darunter im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen neben Klima- und Umweltschutz auch einen weiten, das gesamte Wirtschafts- und Sozialleben umfassenden Begriff. Dabei darf auch die ökonomische Nachhaltigkeit nicht ausgeblendet werden.

18. Deshalb setzen wir uns für ein Europa ein, das Nachhaltigkeit auf kluge Weise mit Chancengleichheit und einer Ordnungspolitik verbindet, die schöpferische Kräfte freisetzt, Oligopole durchbricht und die Transformationsprozesse im Interesse sozialer Durchlässigkeit, einer erweiterten Teilhabe und von mehr gesellschaftlicher Stabilität gestaltet.

19. Mit dem europäischen Binnenmarkt wurde der wirtschaftliche Kern der Europäischen Föderation bereits geschaffen. Diesen gilt es weiter zu vollenden und konsequent im Sinne der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, eines fairen Wettbewerbs und Marktzugangs auf Nachhaltigkeit und soziale Kohäsion auszurichten. Die Europäische Säule sozialer Rechte muss umgesetzt und weiterentwickelt werden!

20. Wir fordern eine Kohäsionspolitik, die sich nicht auf Regional- und Strukturförderung beschränkt, sondern gezielte Anreize schafft für private und öffentliche Investitionen, um die Lebensverhältnisse in Europas Regionen anzugleichen. Dazu gehören nicht zuletzt die europäische Finanzierung von Zukunftsinvestitionen, eine Harmonisierung der Steuerpolitik, mehr europäische Eigenmittel, ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, ein dauerhaftes Instrument zur Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen (wie SURE) sowie weitere Verbesserungen des sozialen Dialogs und der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten. Ziel muss die Überwindung extremer Ungleichgewichte sein, die das Fortbestehen der Union und die Weiterentwicklung zur Föderation gefährden können.

21. Die Begrenzung der Erderwärmung und der Erhalt der Biodiversität sind Menschheitsaufgaben. Wir erwarten die Umsetzung des Europäischen Green Deal durch die Mitgliedstaaten! Der weltweite Ausbau klimaneutraler Energien, insbesondere der Solar- und Windenergie und eine nachhaltige Mobilität, haben oberste Priorität. Europa kann den damit verbundenen Herausforderungen vereint am besten begegnen.

© Fotos: Titelseite: UEF; Seite 2: Gerolf Mosemann/EUD; Seiten 4 bis 30: Sammlung Dirk Heile, Harpstedt, und Privatarchive; Seite 36 links: USHMM Photograph #28962, courtesy of National Archives and Records Administration, College Park; Seite 37: Landespresse- und Informationsamt (LAV NRW R, RWB 9868,9), Seite 38 links: EC Audiovisual Service; Seite 38 rechts: Ludwig Wegmann; Seite 39: Bundesarchiv; Seite 40 links unten: Historisches Archiv der Europäischen Union; Seite 43 oben: Lutz Gude/JEF Deutschland; S. 43 unten: Birgit Kößling/EUD; Seite 44 Grafik oben: JEF Deutschland; Sonstige: EUD

Impressum

Herausgegeben von

Europa-Union Deutschland e. V.
Chausseestraße 84
10115 Berlin

Tel. 030 92 101 4000
info@europa-union.de
www.europa-union.de

Unter Mitwirkung der Europa-Union, Kreisverband Diepholz

Ausgabe 2026

Mit Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung



EuropaUnion
Deutschland

80
1946 2026

Europa-Union Deutschland e. V.
Chausseestraße 84 · 10115 Berlin
Tel. 030 92 101 4000 · www.europa-union.de